Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41. Mittwoch, den 18. Februar 1920. 27. Jahrg.

Das Betriebsrätegesetz.

II.

Weitere Befugnisse und Aufgaben.

Heiß umstritten waren der § 70 (Vertretung im Aufsichtsrat, und § 72 (Vorlegung der Bilanz). Beim § 70 ist schließlich dem Wunsche der Arbeiter und Angestellten Rechnung getragen worden. Der § 70 lautet in seiner jetzigen Fassung:

In Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht und nicht auf Grund anderer Gesetze eine gleichartige Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vorgesehen ist, werden nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme, erhalten jedoch keine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Die Aufsichtsräte bilden die höchsten kapitalistischen Ausstrahlungen unseres hoch entwickelten Wirtschaftslebens, und unnahbar wurde in diesen Institutionen von wenigen Personen über Maßnahmen beschlossen, die in das Leben und die Existenz mitunter vieler Tausender von Arbeitern und Angestellten auf das einschneidendste eingriffen. Vollständig machtlos standen die Arbeiter bisher diesen Beschlüssen gegenüber. Wie oft wurden des Profitinteresses wegen ganze Betriebe stillgelegt, ohne daß die davon betroffenen Arbeiter und Angestellten etwas dagegen unternehmen konnten. Heute hat auch der Betriebsrat Sitz und Stimme im Aufsichtsrat und nichts kann ohne ihn oder gegen ihn beschlossen werden.

Der § 72, der von der Vorlegung der Bilanz handelt, wurde gegenüber dem Regierungsentwurf verschlechtert. Nur solche Betriebe, die mindestens 50 Angestellte oder 300 Arbeiter beschäftigen, sind verpflichtet, dem Betriebsrat die Bilanz vorzulegen. Das ist sehr bedauerlich und ein Objekt, um das weiter gekämpft werden muß.

Um diese Funktionen erfüllen zu können, bedarf es tüchtiger geschulter Betriebsräte, denn der Kapitalist wird mit allem ihm zu Gebote stehenden kaufmännischen Raffinement versuchen, dem Betriebsrat die Einsicht in die Bilanz so schwer wie möglich zu machen. Und nirgends ist eine Verschleierung der wirklichen Verhältnisse leichter als bei der Bilanz. Aber es ist zu erwarten, daß mit der Zeit die Betriebsräte in ihre Aufgaben hineinwachsen und die geheimen kapitalistischen Bilanzschleichwege entdecken werden.

Von Bedeutung ist auch noch der

§ 71. Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken das Recht, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er dem Betriebsausschuß oder, wo ein solcher nicht besteht, dem Betriebsrat, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdert werden und gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, über alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß gibt und die Lohnbücher und die zur Durchführung von bestehenden Tarifverträgen erforderlichen Unterlagen vorlegt.

Ferner hat der Arbeitgeber vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten.

Daß der Betriebsrat oder die sonstigen Betriebsvertretungen über die durch Aufsichtsrat, Bilanz und vierteljährlichen Geschäftsbericht erhaltenen Betriebs-Internas Stillschweigen zu beobachten hat, halten wir für selbstverständlich.

Der Ausnahmeparagraph 67.

Der § 67 lautet:

Auf Betriebe, die politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen Bestrebungen dienen, findet § 66 Ziffer 1 und 2 keine Anwendung, soweit die Eigenart dieser Bestrebungen es bedingt.

Dieser Paragraph hat namentlich in Buchdruckerkreisen starke Beunruhigung erregt, weil zu Unrecht befürchtet wurde, daß dadurch die Zeitungsbetriebe überhaupt aus dem Betriebsrätegesetz ausgenommen würden. Zum Teil bestehen solche Befürchtungen heute noch. Wir halten sie aber irrig und verweisen auf die Erklärung, die Dr. Feig, Geh. Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, am 18. Januar in der Nationalversammlung abgegeben hat. Er sagte:

„Die Befürchtung, die in Buchdruckerkreisen geäußert worden ist, der § 67 werde sie daran hindern, die Betriebsleitung auch in solchen Angelegenheiten zu beraten, die mit der politischen Seite des Zeitungsbetriebes nichts zu tun haben und sie von der Mitarbeit an den Arbeitsmethoden im technischen Betriebe der Druckerei ausschließen, ist durchaus unbegründet. Die Aufgaben des § 66, Ziffer 1 und 2 werden für den Zeitungsbetrieb durch § 67 nur insoweit ausgeschlossen, als die Eigenart der politischen Bestrebungen der Zeitung es bedingt. In den technischen Betriebsangelegenheiten, die hiermit nichts zu tun haben, bleiben diese Aufgaben bestehen."

Wir wollen dies an einem Beispiele erläutern.

In einem Betriebe, der eine politische Zeitung herausgibt, können die Arbeitnehmer, die nicht Redakteure sind, also das technische und das kaufmännische Personal, den verschiedensten politischen Richtungen angehören; in dem Betriebe einer größeren Zeitung wird es fast immer eine ganze Anzahl Setzer oder Beamte und andere geben, die sich zu einer anderen Partei zählen, als das Blatt. Es ist aber dann natürlich nicht möglich, daß diese Mitglieder des Betriebes in Angelegenheiten mitsprächen, die irgendwie die politische Richtung des Blattes berühren. Die Tätigkeit der politischen Redaktion muß daher von dem Einflusse, den der Betriebsrat ausüben kann, ausgenommen sein, aber selbstverständlich nur die Redaktion und nicht die übrigen Teile des Betriebes, bei denen ja politische Momente nicht in Betracht kommen.

Verhältnis der Betriebsräte und Betriebsvertretungen zu den Gewerkschaften.

Der vielleicht hier oder dort auftauchende Gedanke, daß mit dem Betriebsrätegesetz die Gewerkschaften überflüssig und überholt seien, ein Gedanke, der namentlich von den Syndikalisten zur Propaganda ihrer rückständigen Organisationsform, der Betriebsorganisation, lebhaft gefördert wird, ist ein durchaus irriger. Die Aufgaben der Betriebsräte liegen in der Richtung des Wirtschaftlichen und in dem Einfluß auf die Produktion, die Aufgaben der Gewerkschaften dagegen in der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, das heißt im Arbeitsvertrag. Die Gewerkschaften werden auch weiter eine Notwendigkeit sein. Aus der Fassung des § 72, der den Betriebsvertretungen das Recht des Aufschlusses über die Dienstverträge und den Einblick in die Lohnbücher gestattet, könnte man eine Ergänzung der Gewerkschaften herleiten. Aber auch dieses ist nur scheinbar. Diese Befugnisse sollen wohl nur dazu dienen, um die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge auf ihre Einhaltung nachprüfen zu können, um zu verhindern, daß ein Betrieb gegenüber dem anderen durch Nichteinhaltung der Tarifverträge sich wirtschaftliche Vorteile verschaft. Der Abschluß der Tarif- und Arbeitsverträge muß den Gewerkschaften verbleiben, schon um den allein richtigen gewerkschaftlichen Grundsatz der Gleichheit der Arbeitsbedingungen zur Durchführung zu bringen.

Würde man den Arbeitsvertrag den Betriebsvertretungen überlassen, so würde man damit auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages ein Chaos schaffen und einen Betriebsegoismus züchten, der für das Wirtschaftsleben nach allen Seiten sehr gefährlich werden könnte. Die Betriebsräte sind also keine Beauftragten der Gewerkschaften, sondern Beauftragte der Arbeiter und Angestellten des Betriebes, aber das Recht der Durchführung der mit Arbeitseinstellungen verbundenen Kämpfe um den Arbeitsvertrag haben sie nicht. Dies ist vor wie nach Aufgabe der Gewerkschaften, wenn dies im Betriebsrätegesetz auch nicht besonders hervorgehoben ist.

(Es folgt noch ein Schlußartikel.)

Die Entente verzichtet auf die Auslieferung.

Die Antwortnote überreicht.

Der englische Geschäftsträger in Berlin hat nunmehr, am Dienstag mittag die Note der Entente über die Auslieferung überreicht. Die Note ist in französischer Sprache abgefaßt, obschon sie die Unterschrift Lloyd Georges trägt. Die Entente antwortet:

Die Alliierten prüften mit Aufmerksamkeit die Mitteilung, die von der deutschen Regierung am 25. Januar an sie gerichtet wurde, in welcher die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher wie politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 und 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Mächte stellen zunächst fest, daß Deutschland erklärt, außerstande zu sein, die für Deutschland aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages sich ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. **Sie behalten sich vor, das ihnen aus dem Vertrage zustehende Recht in dem Maße und der Form zur Anwendung zu bringen, als es ihnen zweckmäßig erscheint. Inzwischen nehmen die Alliierten von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung Akt, daß diese bereit ist, unverzüglich**

vor dem Obersten Gerichtshof in Leipzig

gegen alle Deutschen, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte zu fordern beabsichtigen, ein Strafverfahren zu eröffnen, welches mit den vollständigsten Garantien umgeben sein und alle Urteile, Verfahren oder frühere Entscheidungen der deutschen Zivil- oder Militärgerichte unberücksichtigt lassen wird (Note Nr. 88 vom 26. Januar 1920). **Die Strafverfolgung, welche die deutsche Regierung hiernach selbst einzuleiten vorschlägt, ist mit der Ausführung des Artikels 228 des Friedensvertrages vereinbar und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgesehen.**

Getreu dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages werden **die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre volle und ganze Verantwortlichkeit zu überlassen.** Sie behalten sich vor, an Hand der Tatsachen den guten Glauben Deutschlands, die Anerkenntnis der begangenen Verbrechen durch Deutschland und den aufrichtigen Wunsch, an deren Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich außerstande erklärte, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, **eine interalliierte gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch Untersuchung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.**

Endlich halten die Alliierten darauf, in formeller Weise zu erklären, daß **das Verfahren vor der Gerichtsbarkeit, wie es vorgeschlagen wurde, in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages aufheben kann. Die Mächte behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherung den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen.** Die Alliierten werden in solchem Falle voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihr eigenes Gericht stellen.

gez. Lloyd George.

Die neue Note an Holland.

Wilhelm soll ausgeliefert werden.

Die Antwortnote des Obersten Rates der Alliierten, die in der Frage der Auslieferung Wilhelms II. an Holland gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Mächte haben von der Antwort der holländischen Regierung auf ihre Note vom 15. Januar 1920 hinsichtlich der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers zwecks dessen Aburteilung Kenntnis genommen. Die von den Mächten während des Krieges im allgemeinen Interesse gebrachten Opfer geben diesen Mächten das Recht, die Niederlande zu bitten, auf ihre Weigerung zurückzukommen, die sich stützt auf die annehmbare, aber ganz persönliche Erwägung eines Staates, der im Kriege abseits stand, und vielleicht nicht genau alle Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Lage abwägt. **Die Verpflichtungen der Mächte gegenüber den Völkern, die Tragweite der in Rede stehenden Frage, die so schwer wiegenden politischen Verantwortlichkeiten, die aus der Uebergehung der Rechtsforderungen gegen den ehemaligen Kaiser sich ergeben würden, bestimmen die Mächte, ihre Forderung aufrecht zu erhalten und zu erneuern.** Die Mächte verlangen von der königlichen Regierung nicht die Preisgabe ihrer traditionellen Politik, sie glauben aber, daß die Natur ihres Gesuches, die nach ihrer Meinung nicht allein oder doch nicht zur Hauptsache von der internen Gesetzgebung der Niederlande abhängt, nicht genügend gewürdigt wurde. **Er handelt sich um keine Prestigefragen.** Die Mächte widmen dem Gefühl der Gewissenhaftigkeit eines Staates mit begrenzten Interessen ebensoviel Aufmerksamkeit, wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte. Um jedoch die verantwortlichen Urheber des großen Krieges abzuurteilen, können sie nicht die Schaffung eines Obersten Gerichtes abwarten, das mit der Verfolgung internationaler Verbrecher betraut wird. Gerade das in Aussicht genommene Urteil wird einem solchen Gerichtshof den Weg bahnen.

Die Mächte wünschen festzustellen, daß **der Völkerbund noch keinen solchen Grad der Entwicklung erreichte, daß es ihm oder in irgendeinem durch ihn ins Leben gerufenen Gericht gelingen könnte, eine vollständige Genugtuung zu schaffen.** Würde die Weigerung der königlichen Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern — falls diese Weigerung aufrechterhalten bleibt — nicht **einen unheilvollen Präzedenzfall schaffen,** der geeignet wäre, jedes Verfahren eines jeden alliierten Gerichtshofes gegen hochgestellte Schuldige unwirksam zu machen? Die Regierung der Niederlande macht geltend, daß das Auslieferungsgesuch gegenüber dem ehemaligen Kaiser von ihr nur von dem Standpunkt ihrer eigenen Politik ins Auge gefaßt werden könne; sie scheint dabei nicht in Erwägung zu ziehen, daß sie gemeinsam mit den zivilisierten Nationen die Pflicht hat, die Bestrafung von Verbrechen nach dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Menschlichkeit sicherzustellen. Verbrechen, für die heute in unleugbarer Weise Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortlichkeit zufällt. Die Note vom 15. Januar wurde überreicht im Namen von 26 alliierten und assoziierten Mächten, Signaturen des Friedensvertrages und gemeinsamen Mandataren des größten Teiles der zivilisierten Nationen. Das beweist, daß man unmöglich die gemeinsame Kraft dieser Forderung verkennen kann, die nicht nur der Ausdruck des Urteils derjenigen ist, die gelitten haben, sondern auch der Ausdruck des Bedürfnisses der Gerechtigkeit, die namens der Menschheit spricht. Wie könnte die holländische Regierung vergessen, daß es der Politik und dem persönlichen Handeln des von den Mächten zur Aburteilung verlangten Mannes zuzuschreiben ist, wenn z. B. zehn Millionen Menschen in der Blüte ihres Alters brutal dahingemordet wurden, wenn dreimal mehr Menschen gräßlich verstümmelt oder an ihrer Gesundheit geschädigt wurden, wenn Tausende von Quadratkilometern eines bis dahin industriereichen, friedlichen und glücklichen Landes verheert und zerstört wurden, wenn die Kriegsschuld Hunderte von Milliarden übersteigt und alles dies geschehen ist zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit, die Freiheit ihrer Gegner und die Freiheit der ganzen übrigen Welt verteidigten. Das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker wurde erschüttert und ist noch gefährdet durch Hungersnot und Elend, die die fürchterliche Folge des von Wilhelm II. entfesselten Krieges sind.

Die Alliierten können ihre Ueberraschung nicht verbergen, die sie empfanden, als sie in der holländischen Antwort nicht ein einziges Wort der Mißbilligung für die durch den Kaiser begangenen Verbrechen fanden, Verbrechen, die die Urgefühle der Menschheit und der Zivilisation aufrütteln und deren unschuldige Opfer namentlich auch so viele holländische Staatsangehörige auf hoher See wurden. Es stimmt vollständig mit den Zielen des Völkerbundes überein, Beihilfe zu leisten bei der Bestrafung von Verbrechen. Wie könnte man sich dem Eindruck jener reaktionären Kundgebungen entziehen, die die Folge der Weigerung Hollands wären? Wie könnte man verkennen, welche gefährliche Stärkung alle jene erfahren, die sich der gerechten Bestrafung der Schuldigen und ihrer exemplarischen Aburteilung, welcher Gesellschaftsklasse sie auch angehören mögen, widersetzen! Holland, dessen Geschichte lange Kämpfe um die Freiheit aufweist, das um der Gerechtigkeit willen so schwer gelitten hat, sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten bekunden und sich damit außerhalb der Gemeinschaft der Welt stellen. Zu den Pflichten, denen sich aus nationalen Gründen niemand entziehen kann, gehört es, sich mit uns zu vereinigen in der exemplarischen Bestrafung der verantwortlichen Urheber des Unheils und der Schäden des Krieges, um sich zu bemühen, die deutsche Nation zur Auffassung der Solidarität und Menschlichkeit zurückzuführen, statt daß sie noch zögernd auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die offen aussprachen, daß Gewalt vor Recht gehe und daß der Erfolg das Verbrechen heilige.

Von diesen Gesichtspunkten und nicht ausschließlich vom nationalen Standpunkte aus baten die Mächte die Königliche Regierung ihnen Wilhelm von Hohenzollern auszuliefern und erneuern sie heute das Gesuch. Die Mächte möchten die Regierung der Niederlande erinnern, daß sie, wenn sie darauf beharrt, sich um die Anwesenheit der Kaiserfamilie auf holländischem Gebiet so nahe an der Grenze nicht zu kümmern, sowohl direkt verantwortlich ist dafür, einen Verbrecher vor den Forderungen des Rechts in Schutz zu nehmen, als auch verantwortlich für eine für Europa und die ganze Welt gefährliche Propaganda. Die ständige Anwesenheit des Kaisers unter unwirksamer Kontrolle in geringer Entfernung der deutschen Grenze, sodaß er ein Zentrum der tätigen und wachsenden Intrigen vieler bleibt, stellt für die Menschheit, die für die Beseitigung dieser tödlichen Gefahr übermenschliche Opfer brachte, eine Bedrohung dar, die anzunehmen man von ihr nicht verlangen kann. Die Mächte haben die Pflicht, solche Maßregeln zu ergreifen, wie sie ihnen die eigene Sicherheit bietet. Die Mächte können das peinliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursacht, ihnen den Kaiser auszuliefern, ohne irgend eine Prüfung der Möglichkeit, wie die Bedenken Hollands in Einklang gebracht werden könnten mit jenen wirklichen Vorsichtsmaßnahmen, sei es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des Kaisers vom Schauplatz seines Verbrechens, wodurch er gleichzeitig außerstande gesetzt wäre, auf Deutschland zukünftig einen unheilbaren Einfluß auszuüben. Obwohl ein solcher Vorschlag dem Verlangen der Mächte nicht ganz entsprochen hätte, hätte er doch Zeugnis gegeben von jenen Gefühlen, denen sich Holland unmöglich entziehen kann. Die Mächte machen in der feierlichsten und dringlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Frage beimessen. Sie wünschen wohl zu verstehen zu geben, wie der Ernst der Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas so gebieterisch verlangen.

*

Wir haben persönlich für den großmäuligen Narren und armseligen Feigling in Ameronagen gewiß blutwenig über, aber dagegen müssen wir ihn nun doch in Schutz nehmen, daß er der schwarze Mann ist, als den ihn die Entente in ihrer Note an Holland hinzustellen beliebt. Er trägt wohl ein gerüttelt Maß von Schuld an all dem Elend, das der Krieg über die Welt gebracht hat, aber er ist weder der einzige Schuldige, noch Beelzebub der oberste Kriegsteufel. Wenn die Entente sich bei ihrem Auslieferungsverlangen wirklich von Gerechtigkeit leiten ließe, hätte sie zuvor alle Ursache, in den eigenen Reihen nach Kriegsverbrechern zu fahnden. In Paris, London und Petersburg waren es durchaus nicht nur Engel, die die Strippen auf dem Welttheater zogen.

Der Verzicht der Entente auf die Auslieferung stellt den ersten großen außerpolitischen Erfolg der gegenwärtigen Regierung dar. Eine ungeheure Gefahr ist damit von Deutschland abgewandt. Aber aus dem Entgegenkommen der Feinde erwächst Deutschland die hohe moralische Pflicht, nunmehr mit größter Schnelligkeit und unbeugsamer Gerechtigkeit alle wahrhaft Schuldigen, alle, die im Kriege grundlos gemordet, gesenkt, versenkt und gestohlen haben, zur Verantwortung zu ziehen. Wir wollen und werden der Welt zeigen, daß dies neue Deutschland selbst alle wirklichen Verbrecher ohne Unterschied des Ranges streng zur Verantwortung zieht.

Die Kommission für die Kriegsschuldigen.

Aus London wird gemeldet, daß die interalliierte Kommission, die zur Aufstellung der Beweise der Kriegsschuldigen ernannt wurde, am 20. Februar zusammentreten soll. Die britische Regierung wird durch Lord Birkenhead, die französische durch Ignace, den ehemaligen Unterstaatssekretär des Militärjustizministeriums, und die belgische durch Rollin Jaquemyns vertreten sein. Den Vorsitz führt Jules Cambon.

Eine Entente-Antwort auf Wilsons „Ultimatum".

Nach dem „Journal des Debats" richteten die Alliierten einen Brief an Wilson, in dem sie den Wunsch aussprechen, die europäischen Fragen in vollkommener Uebereinstimmung mit Amerika weiter zu behandeln, an denen Wilson während seines Aufenthalts in Frankreich bereits mitgearbeitet hat. Es wird aber bemerkt, daß eine dauernde Abwesenheit des amerikanischen Vertreters diesem Bestreben nicht förderlich sei.

Deutschland und Rußland.

Zur Frage der Entsendung einer deutschen Studienkommission nach Sowjet-Rußland hört die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von unterrichteter Seite, daß die Wirtschafts- und Industriekreise vor einigen Wochen an die Regierung herangetreten mit der Absicht, im Anschluß an die in Kopenhagen geführten Verhandlungen des Verbandes mit Sowjet-Rußland auch ihrerseits mit russischen Kreisen Fühlung zu nehmen. Die Regierung lehnte eine amtliche Beteiligung ab und überließ es der deutschen Industrie, mit den russischen Wirtschaftsverbänden direkte Beziehungen aufzunehmen.

Die Polen wollen sich Danzig nehmen.

Wie die „Polnische Telegraphenagentur" meldet, wurde in der Landtagssitzung am 4. Februar auf Antrag des Abg. Rollet der Bau eines Hafens, „der unabhängig von Danzig ist", beschlossen; zur Urbarmachung des acht Millionen Morgen großen Brachlandes wurde eine Milliarde Mark bewilligt. Als der Landtagsmarschall Trampczinsky äußerte: „Wir haben das Meeresufer, aber wir haben nicht Danzig erhalten", erscholl der Zuruf: „Wir werden es uns nehmen."

Maschinengewehre für Zucker.

Aus Prag wird gemeldet: „Pravo Lidu" schreibt: Die Tschechoslowakische Republik führt namentlich nach Bayern Zucker aus, und die Bayern liefern hierfür Gewehre und Maschinengewehre. In der letzten Sitzung des bayerischen Kabinettsrates wurde die Frage der Waffenlieferung nach der Tschechoslowakei geprüft, und es wurde festgestellt, daß 15 000 Mausergewehre, 10 000 Karabiner, 200 Maschinengewehre mit je 10 000 Patronen und 5000 Reflektoren an die Tschecho-Slowakei geliefert wurden. Als Kompensation sollte Bayern 40 000 To. Kohle und 30 000 Zentner Zucker erhalten. Die Lieferung nach der Tschecho-Slowakei erfolgte ordnungsgemäß und über Wunsch der Entente. Die Tschecho-Slowakei lieferte bisher nach Bayern zwar Zucker, Kohle ist jedoch ausgeblieben.

Der Prozeß Helfferich-Erzberger.

In der Verhandlung am Dienstag wurde die Erörterung des Falles Wolff in öffentlicher Sitzung zu Ende geführt. Es handelt sich dabei um eine Kölner Eisenhandelsfirma, die besonders nach dem Waffenstillstand ungeheure Gewinne gemacht haben soll. Inhaber sind Otto Wolff, Köln, und der Geheimrat Otmar Strauß, im preußischen Staatsministerium der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit. Auf die Machtfülle und auf seine Doppelstellung führt Helfferich die Riesengewinne zurück. Die Firma habe auch Filialen im Ausland. Für sie beständen keine Ausfuhrschwierigkeiten; auch verfüge sie über die besten politischen Informationen. Erzberger habe diesen Zustand geschaffen. Die Firma Wolff habe ihre Riesengewinne in Industrieaktien angelegt und sie disponiere so, als ob sie die Stundung der Kriegsgewinnsteuer durch das Reichsfinanzministerium lange Jahre bereits in der Tasche habe. Schließlich deutete Helfferich an, daß die Firma nicht nur die Kollegen, sondern auch die Vorgesetzten des Herrn Strauß bis ganz oben hinauf ohne jede Gegenseitigkeit in verschwenderischer Weise beschenke.

Erzberger nennt das Klatsch und erwiderte mit dem Hinweis auf die Essen im „Kaiserhof", die Stinnes, Krupp und die „Hapag" im Kriege jeden Sonnabend im „Hotel Kaiserhof" veranstalteten und an denen Helfferich teilgenommen habe. Der Vorsitzende unterbrach hier mit der Mahnung, nicht persönlich zu werden. Erzberger bezeichnete die Andeutung Helfferichs über steuerliche Begünstigung der Firma Wolff als haltlose Verdächtigung. Wenn Helferich von Korruption wußte, hätte er sie den Behörden anzeigen müssen. Helfferich erwiderte, er habe nur ganz selten an dem „Hapag"-Essen teilgenommen und es sei dort weder geschlemmt noch gespielt worden. Erzberger erklärte, Strauß sei in seine jetzige Beamtenstellung ausschließlich durch die preußische Regierung gekommen; er, Erzberger, habe damit nichts zu tun gehabt. Weiter habe er mit Ausfuhrbestimmungen nichts zu schaffen. Er habe Strauß nicht etwa der preußischen Regierung empfohlen. Er habe mit Strauß einige Male gefrühstückt, einmal sei auch der preußische Ministerpräsident dabei gewesen, und man habe über die Kontrolle der Ausführung der Ausfuhrordnungen gesprochen.

Der Oberstaatsanwalt fragt, ob Erzberger keine Bedenken hatte, sich mit einem Industriellen zu besprechen. Erzberger antwortet, Strauß sei Beamter gewesen, und einer unanständigen Handlung halte er ihn für unfähig. Der Verteidiger Helfferichs Dr. Alsberg deutete an, daß auf Erzbergers Informationen, der Friedensvertrag werde jedenfalls unterzeichnet werden, große Valuta-Spekulationen in der Schweiz einsetzten. Erzberger erwiderte, daß seine Stellung zum Frieden allbekannt gewesen sei. Von diesen Spekulationen wisse er nichts. Helfferich wies dann darauf hin, daß der Firmeninhaber Wolff (Köln) zum Generalkommissar für die besetzten Gebiete ernannt wurde. Erzberger erklärte dazu, daß Wolff vom Geheimrat v. Berger warm empfohlen worden sei. (Berger gehörte auch zu der Frühstücksgesellschaft des Herrn Strauß), und daß es sich darum handelte, rasch einen geeigneten Mann zu finden, bei dem alle Beschwerden aus dem besetzten Gebiete eingehen könnten. Foch habe aber erklärt, daß er einen solchen Generalkommissar überhaupt nicht dulde. Wolff wäre der geeignete Mann gewesen, um der ungeheuren Verschiebung von Heeresgut entgegenzutreten. Man habe sogar schwere Geschütze auf Rheinkähnen ungehindert nach Holland gefahren.

Schließlich mußte Helfferich zugeben, daß er in diesem Falle eine Verquickung von Politik und Geschäft durch Erzberger nicht zu beweisen vermöge.

Die Sitzung wird alsdann auf Freitag vertagt, da der Nebenkläger Erzberger Mittwoch an einer wichtigen Staatsratssitzung teilnehmen muß.

Anti-Französische Demonstrationen im Saargebiet.

Das „Echo de Paris" meldet, daß in Saarbrücken und Saarburg Kundgebungen gegen die französische Militärverwaltung stattgefunden haben. Die Straßen wurden von französischen Patrouillen gesäubert. Die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr festgesetzt. Jede Ansammlung auf öffentlichen Plätzen und Straßen ist verboten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die um Januschau und Wangenheim.

Die Jahresversammlung des Bundes der Landwirte hat Dienstag im Zirkus Busch in Berlin stattgefunden. Sie stand ganz auf derselben Höhe wie ihre Vorgänger. Als Freiherr v. Wangenheim von der Steuergesetzgebung des „jüdischen" Herrn Erzberger sprach, wurde ihm aus der Versammlung zugerufen: „Aufhängen, aufhängen!" Als er sagte, nur der Landwirt könne Deutschland retten, und wenn die Regierung nicht dabei sei, werde man ihr keine Träne nachweinen, gab es neben dem „Bravo" wieder die Rufe: „Aufhängen, aufhängen!" Im übrigen waren die ganzen Verhandlungen nur ein Ruf nach Aufhebung der Zwangswirtschaft und Einführung der Zwangsarbeit. In der Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, heißt es: „Wir halten fest an dem bewährten Reichsgedanken des alten Reichskanzler Bismarck, an der bundesstaatlichen Gestaltung des Reiches. Nach dem verlorenen Kriege muß jetzt die allgemeine Losung sein: Aufbauen! Im Interesse der Volksernährung fordern wir: Freie Beweglichkeit in den landwirtschaftlichen Betrieben, Ausgleichung der Erzeugerpreise an die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, Sicherung der notwendigen Arbeitszeit und Schutz gegen Vertragsbruch durch die Landarbeiter. Ferner fordern wir Neuwahlen, da die heutige Zusammensetzung der Nationalversammlung nicht mehr dem Willen der Mehrheit der Wähler entspricht." Gleichzeitig erläßt der Bund der Landwirte einen Aufruf an die Landwirte, in dem schweren Kampf für ihren Berufsstand zusammenzustehen und eine geschlossene Einheitsfront der Landwirtschaft zu bilden.

Ueberstunden im Bergbau?

Den „P. P. N." wird aus Dresden berichtet: Der sächsische Arbeitsminister hat sich an die Organisationen des Lugau-Oelsnitzer Bergbaues mit dem Hinweis gewandt, daß zur Behebung der Kohlennot die Bergarbeiter täglich eine Ueberstunde machen sollten. Sie würden hierfür dieselben Löhne unter denselben Arbeitsbedingungen erhalten, wie die Bergarbeiter des Ruhrbergbaues und außerdem extra pro Kopf und Woche ein Pfund Brot und Speck. Die Organisationen erklärten sich grundsätzlich dazu bereit. Es wird nunmehr in den einzelnen Belegschaften abgestimmt.

Kirchliche Feier am 1. Mai?

Der Gedanke einer kirchlichen Feier am 1. Mai als ständige Einrichtung wird zurzeit in den kirchlichen Kreisen Deutschlands erwogen. Es sind, wie der „L. A." hört, vorbereitende Schritte im Gange. Der Gedanke war bereits im vorigen Jahre aufgegriffen worden, mußte damals aber wegen des vorgerückten Zeitpunktes zurückgestellt werden.

Abbruch des Generalstreiks in Solingen.

Die Zentralstreikleitung in Solingen hat den Generalstreikbeschluß mit 70 gegen 30 Stimmen wieder aufgehoben. Infolgedessen sind die Sympathiestreiks der Transportarbeiter, Straßenbahner, Schuhmacher, Friseure, Schneider, Buchdrucker usw. abgebrochen worden. Die Zeitungen erscheinen wieder. Auch die Straßenbahnen sind wieder in Betrieb. Die Metallarbeiter führen aber den Streik weiter, da sie die Bedingungen der Fabrikanten nicht annehmen. An dem Generalstreik waren 40 000 Arbeiter oder 95 Prozent der Gesamtarbeiterschaft beteiligt. Jetzt streiken noch etwa 32 000 Metallarbeiter.

Kleine politische Nachrichten.

Das Reichstagswahlgesetz gelangt in der nunmehr vom Reichsministerium des Innern geplanten Form noch diese Woche an das Kabinett.

Wie in Helsingfors verlautet, teilte die polnische Regierung der lettischen mit, daß **Polen wahrscheinlich in der nächsten Woche die Friedensverhandlungen mit Räterußland beginnen werde.**

Der Oberste Rat hat, wie aus London gemeldet wird, beschlossen, nicht nur die Dardanellen, sondern auch den Bosporus zu internationalisieren.

Der französische Ministerpräsident Millerand stattete dem deutschen Geschäftsträger Dr. Mayer einen Gegenbesuch ab.

Wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, hat **die Reichsregierung mit einem holländischen Konsortium einen Vertrag auf Lieferung von 1 Million Tonnen Mais abgeschlossen,** deren Lieferung schon von nächster Woche ab erfolgen soll.

Am Montag mittag wurde Alexander Stein, Redakteur der „Freiheit", in Berlin in seiner Wohnung verhaftet. Ueber die Gründe, die zu der Schutzhaft führten, ist nichts bekannt.

In Hannover wurde in einer kommunistischen Versammlung der kommunistische Führer Sturm aus Hamburg verhaftet. Mit ihm wurden noch 68 Kommunisten verhaftet, die aber, nachdem man ihre Papiere abgenommen hatte, am folgenden Tage wieder entlassen wurden. Die Verhafteten wurden auf offenen Lastautos in Gewahrsam gebracht.

Die Vertreter der deutschen Zigarettenindustrie drohen ihren Arbeitern und Angestellten sofort kündigen zu müssen, wenn die geplanten Steuern nicht um mehr als 40 Prozent herabgesetzt würden.

Der gesamte Güterverkehr in Deutsch-Oesterreich wird wegen Kohlenmangels bis zum 25. Februar eingestellt.

Russischen Blättermeldungen zufolge ist in dem Teil der Ukraine, der von den Bolschewisten besetzt worden ist, eine selbständige bolschewistische Republik errichtet worden, die „für alle Zeiten" einen Bruderbund mit Sowjetrußland geschlossen hat. Der Bolschewist Pterowskij ist zum Präsidenten dieser neuen Republik ernannt worden.

Nach dem „Newyork Herald" wird der Staatssekretär Lansing erst am 1. März seinen Posten verlassen.

Mexikanische Räuber nahmen einen Amerikaner namens Wilson gefangen. Sie verlangen als Lösegeld 50 000 Dollars.

Oesterreich.

Die Salzburger Länderkonferenz.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Landeshauptmannes von Vorarlberg, Dr. Ender, „Bundesstaat oder Einheitsstaat?", die nach Ländern und Parteien vorgenommen wurde, stimmten die Vertreter der christlich-sozialen und der deutsch-freiheitlichen Parteien sämtlich vorbehaltlos für einen Bundesstaat. Von den sozialdemokratischen Vertretern erklärten sich die Delegierten von Steiermark, von Wien und Nieder-Oesterreich für einen Bundesstaat, der sozialdemokratische Vertreter für Ober-Oesterreich, Gruber, erklärte, daß die Mehrheit der oberösterreichischen Parteigenossen für einen Einheitsstaat stimme. Wenn aber der Bundesstaat nach dem Willen der Mehrheit geschaffen werden soll, erklärten sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Ober-Oesterreichs damit einverstanden. Die sozialdemokratischen Vertreter von Salzburg, Tirol, Kärnten und Vorarlberg sprachen sich für einen Einheitsstaat mit der Schaffung von eigenen Verwaltungsgebieten aus.

Polen.

Es kriselt.

Die „Nowa Reforma" meldet aus Warschau: In der Verpflegungskommission kündigte der Abgeordnete Wasilewski im Namen der größten parlamentarischen Partei Piast den Zerfall der Reichstagsmehrheit und eine dadurch verursachte Kabinettskrise für den Fall an, wenn die Kommission den Regierungsantrag annehmen würde, wonach dem Verpflegungsminister das alleinige Ankaufsrecht der Bodenprodukte in den über 40 Joch Feld umfassenden Wirtschaften eingeräumt werden sollte. Trotz dieser Drohung hat die Kommission den Regierungsantrag angenommen. In Reichstagskreisen wird diese Tatsache lebhaft besprochen. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß im Falle weiterer Obstruktion der Abgeordneten von der Gruppe Piast die zu gewärtigende Kabinettskrise sich auf den Rücktritt der Minister Bardel und Kendzier beschränken wird.

Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, wurde in den Wandelgängen des Reichstages versichert, daß der Plan der Ernennung von zwei parlamentarischen Unterstaatssekretären im Ministerium des Aeußern gegenstandslos geworden ist. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß es schon in nächster Zeit zu einer Krise im Ministerium des Aeußern kommen wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sogar in Kreisen, welche den Minister Patek bisher unterstützten, immer entschiedener die Notwendigkeit betont wird, daß auf den Posten des Ministers des Aeußern ein gewiegter Fachmann mit diplomatischer Erfahrung berufen wird. In denselben Kreisen werden als vermutliche Nachfolger Pateks die Politiker Graf Adam Tarnowski und Graf Agenor Gołuchowski genannt.

Frankreich.

Der Prozeß Caillaux.

Vor dem zum Obersten Staatsgerichtshof erklärten Senat hat nunmehr endlich die Verhandlung gegen den früheren Ministerpräsidenten Josef Caillaux begonnen. Es hat ziemlich lange gedauert, ehe die französische Regierung es gewagt hat, Caillaux vors Gericht zu ziehen. Caillaux ist angeklagt, von der Kriegserklärung an, namentlich 1914, 1915, 1916 und 1917, sei es in Frankreich und besonders in Paris, sei es im Auslande, gegen die äußere Sicherheit des Staates Anschläge unternommen und ein Einverständnis mit dem Feinde gesucht zu haben. Von der Anklagebehörde sind 71 Zeugen geladen, von den Verteidigern fast ebensoviel. An drei Tagen in der Woche, Dienstags, Mittwochs und Freitags wird verhandelt.

Vereinigte Staaten.

Weiterberatung des Friedensvertrages.

Der Senat beschloß einstimmig, die Erörterung des Friedensvertrages wieder aufzunehmen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 18. Februar.

Alldeutsche Arbeiterverleumdung.

Auf der Suche nach dem Manne mit der eisernen Faust befinden sich die reaktionären Blätter jeden Tag und mithin auch die „Lübeckischen Anzeigen", die sich schon in früheren Zeiten schlecht daran gewöhnen konnten, dem Arbeiter selbstverständliche Rechte zuzugestehen. Am Mittwoch verzapfte das Blatt wieder einen Artikel, der wutentbrannt von maßloser Ueberhebung des Arbeiters als Wirtschaftsmacht spricht. Ein ekelhaftes Professorengeschreibsel, im Ton und Stil gleich den Sudeleien, die das Amtsblatt in der Kriegszeit herrisch gegen die Feinde verzapfte. Die eigenen Klassengenossen werden gebeten, die Feigheit gegen den Klassenkampf zu bannen und sich **gegen die armseligen Folgen einer Politik frechster Breitmachung zu wehren.** Der Arbeiter, der Lust zur Arbeit habe, verdiene Geld genug und brauche nicht mit Samthandschuhen angefaßt zu werden. **„Der Arbeiter kann sich alle Lebensmittel leisten, er füllt die Vergnügungslokale vom gemeinsten Kino und Tanzsalon bis zum feinsten Weinhaus"**, so schmiert diese verlogene Presse. Vielleicht erkundigen sich die Herren einmal bei ihren eigenen Arbeitern, wie luxuriös diese bei den heutigen Papierlöhnen und den Warenpreisen leben und schlemmen. Wir sind auch gerne erbötig, mit den Herrschaften einen Gang durch Vergnügungs- und Weinlokale zu machen, um die Probe aufs Exempel festzustellen. Wir werden dann bald gewahr, ob die Schlemmer bei einem faden Gläschen Bier und einer Tasse Kaffee oder beim Sektbuddel sitzen und wohin ihre politische Richtung neigt. Jedenfalls nach jener Seite, die durch maßlose Preistreiberei unsere Wirtschaftslage sabotiert, um aus dem Zusammenbruch des Ganzen das Auferstehen des unumschränkten Kapitalismus zu feiern. Jener unverfrorenen Sorte von Menschen, die sich früher absolut nicht darum kümmerten, ob der geistig Schaffende ein gutes Auskommen hatte oder nicht. Wenn sich die alldeutsche Presse jetzt so für die geistig Schaffenden, dessen trostlose Lage gegenüber dem Kapital wir stets hervorhoben, jetzt so sehr ins Zeug legen, so kennt man die Absicht. Der Kopfarbeiter mußte dem Ausbeuter und jener Klasse und deren Interessen unbedingt zu Willen sein oder er konnte verhungern. Wenn die „Lübeckischen Anzeigen" glauben, durch plumpe Entstellung der Tatsachen Bauernfang bei den „Leisetretern und Denkfaulen" treiben zu können, wollen wir ihnen den Erfolg nicht zu unterbinden suchen. Aber darauf können sie sich gefaßt machen: auch dem heißersehnten Mann mit der eisernen Faust wird es mit einer reaktionären Sturmtruppe nicht gelingen, längst notwendige Rechte dem Volke wieder zu entreißen, auch wenn ihm das Amtsblatt Schergendienste leistet.

Die Zuckerknappheit.

Die Reichszuckerstelle gibt bekannt, daß infolge der gespannten Lage auf dem Weltzuckermarkt die Einkaufspreise für den eingeführten Auslandszucker, der für Arzneimittel, Nährmittel, Krankenkost, technische Zwecke usw. zur Verfügung gestellt werden kann, auf 1520 Mark für den Doppelzentner erhöht werden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß infolge der herrschenden Zuckerknappheit für die genannten Zwecke von jetzt an nur ungefähr die Hälfte der bisher monatlich zugebilligten Menge freigegeben werden kann.

*

Der Arbeiterrat hatte zu Dienstag abend eine Vollversammlung einberufen. Infolge des schlechten Besuches war die Versammlung beschlußunfähig. Der Vorsitzende Genosse A. Löwigt vertagte daher die Sitzung auf 14 Tage. Gleichzeitig teilte er mit, daß von der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag auf Auflösung des Arbeiterrats eingegangen sei, der in der nächsten Versammlung zur Verhandlung kommen werde.

Französischer Generalkonsul. Der Senat hat den französischen Generalkonsul Elie Alberic Neton in Hamburg auch für das lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Der Mieterschutzverein hält am Donnerstag, dem 19. ds. Mts. abends 7 Uhr in den Zentralhallen eine Versammlung ab. Arbeitersekretär Gogowsky spricht über Rechte und Pflichten der Mieter.

Festgenommen wurde ein in der Lulsenstraße wohnhafter Kellner wegen Diebstahls. Der Festgenommene hatte eine größere Menge Alteisen gestohlen und dieses an einem Produktenhändler in der Lützowstraße verkauft. Letzterer wurde wegen gew. Hehlerei festgenommen, weil er sich den Umständen nach hätte sagen müssen, daß das Metall nur von einem Diebstahl herrühren könne. — Festgenommen wurde eine Verkäuferin aus Rybnick (Oberschlesien), die einer Familie in der Percevalstraße, wo sie aus Gutheit für eine Nacht aufgenommen war, ein Paar Schuhe gestohlen hatte. — In der Nacht vom Sonntag zu Montag ist aus einer Fabrik am Geniner Ufer ein 7 m langer und 150 mm breiter und 7 mm starker Triebriemen gestohlen.

Angrenzende Gebiete.

k. **Schwartau.** Die erste Zahlstellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Lübeck und Umgegend fand am Sonntag hier statt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurde der Vorschlag der Unternehmer angenommen. Danach beträgt der Stundenlohn mit Teuerungszulage vom 12. Februar ab 3,80 Mk. für den gelernten und 3,70 Mk. für den ungelernten Arbeiter. Die Versammlung legte energisch Protest dagegen ein, daß den Bauarbeitern und Zimmerern die Brot- und Kartoffelverteuerung vom 8. Januar ab nicht ausbezahlt wurde. Der Vorstand wurde beauftragt, bei den Unternehmern diesen Zuschlag vom 8. Januar bis 12. Februar nachzufordern. Als Delegierter wurde Kleinfeldt-Lübeck gewählt. Die Gehälter und Sitzungsentschädigungen wurden festgelegt. Es erhalten: 1. Vors. 90 Mk., 1. Kassenf. 160 Mk., 2. Kassenf. 70 Mk., 1. Schriftführer 25 Mk. pro Quartal. Außerdem erhalten die Protokollführer in den Bezirken pro Protokoll 2 Mk. Die Sitzungen werden mit 2 Mark entschädigt. Ein Antrag, den Lehrlingen, die 4,80 Mk., welche ihnen laut Statut während der Krankheit zustehen, aus der Lokalkasse zu gewähren, wurde angenommen.

Hamburg. Eine sozialdemokratische Vorständekonferenz des Bezirks Nordwest, zu der 20 Vertreter erschienen waren, tagte in Hamburg. Die Neuorganisation des Bezirks Nordwest macht die Anstellung eines zweiten Bezirkssekretärs erforderlich. Ein Antrag des Bezirksvorstandes auf Erhebung eines **Extrabeitrages zu den Wahlvorbereitungen** fand allgemeine Zustimmung. Es wurde einstimmig beschlossen, für die Monate März, April, Mai einen Extrabeitrag von insgesamt 3 Mark für männliche und 2 Mark für weibliche Mitglieder zu erheben. Beschwerden über das **zügellose Treiben der Baltikumtruppen im Kreise Rotenburg** führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung: „Die Vorständekonferenz des Bezirks „Nordwest" fordert mit aller Entschiedenheit die sofortige Unterbringung der Baltikumtruppen in einem Konzentrationslager, damit die Bevölkerung des Regierungsbezirks Stade nicht noch mehr von Geschlechtskrankheiten und dergleichen infiziert wird. Weiter fordert sie baldmöglichste Entwaffnung und Demobilisierung der Baltikumtruppen." Daß die Forderung auf schleunige Unterbringung der Baltikumtruppen in einem Konzentrationslager durchaus berechtigt ist, wird auch amtlich bestätigt durch eine öffentliche Warnung des Landrats vom 2. Februar, wonach die Anzeigen über das Auftreten von Geschlechtskrankheiten im Kreise Rotenburg in erschreckender Weise sich mehren. In allen Fällen ist nach den Angaben der erkrankten Frauen die Ursache der Ansteckung in dem Verkehr mit Baltikumtruppen zu suchen. Anträge an den Regierungspräsidenten in Stade auf Verlegung der Truppen sind leider nicht berücksichtigt worden. Von höherer Stelle muß hier endlich durchgegriffen werden.

Hamburg. Silberhamsterer. Einbrecher erbeuteten im Hause Magdalenenstraße 64 60 000 Mk. in Silber und eine Sparbüchse in Form eines Geldschranks mit Nickelgeld im Betrage von 13 000 Mk. — Da sieht man wieder, wo die echten Hamsterer zu suchen sind. — Neue Hamburg-Japan-Linie. Der japanische Dampfer „Celebes Maru", der hier im Hafen eingetroffen ist, gehört der japanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft Osaka Shosen Kaisha, die gleichfalls wie die japanische Reederei Nippon Yusen Kaisa, eine regelmäßige einmal monatliche Expedition ihrer Schiffe vornehmen will. Der Dampfer „Celebes Maru" wird das erste Schiff von hier nach Ostasien sein. Ihm folgt der Dampfer „Bornea Maru" im Mai und „Andes Maru" im Juni.

Hamburg. Sicherheits-Polizisten als Räuber. Selbst der Polizei gestellt hat sich ein Unterwachtmeister von der Polizeitruppe. Er bekannte sich als einer der Täter, die den Raubüberfall auf eine 66 Jahre alte Weißwarenhändlerin ausführten. Die Täter hatten das alte Fräulein überfallen, gewürgt und ihr außer einer goldenen Uhr Schmucksachen geraubt.

Wismar. Zum Mord in Senkpiel. Die Familie Krause in Heidenkaten, Mann, Frau und vier Söhne, wurde — wie gemeldet — unter dem Verdacht, das Häuslerehepaar Senkpiel in Robertsdorf ermordet und beraubt zu haben, festgenommen und hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Flensburg. Verstadtlichung des Orchesters. Die städtischen Kollegien beschlossen, das hier seit etwa einem Jahre bestehende Philharmonische Orchester zu verstadtlichen. Rechnerisch soll der städtische Zuschuß 30 000 Mk. für das Jahr betragen. Der Magistrat ist ermächtigt, die Kündigung vorzunehmen, falls dieser Betrag überschritten wird. Er ist verpflichtet, es zu tun, wenn sich ein städtischer Zuschuß von 50 000 Mark als notwendig erweist.

Glückstadt. Luxuspreise bei Landverpachtungen. Bei der Neuverpachtung der Ländereien des Mädchenasyls am Neuendeich wurde für den Hektar 1200 Mk. gezahlt, das ist das Zehnfache der früheren Preise. — Mit dem zehnfachen Preise der Ernte wird sich der Pächter wohl nicht zufrieden geben, sondern solange mitschreien, bis „die Unkosten" gedeckt sind, wie der neue Fachausdruck lautet.

Elmshorn. Zum Beigeordneten wurde Stadtrat Weiß (Soz.) gewählt.

Lüneburg. Auf der Suche nach Braunkohlen. Die staatliche Saline hat im Kreise Bleckede an der Landstraße von Neetze nach Süttorf nach Braunkohlen bohren lassen. In einer Tiefe von 5,40 Metern ist man auf ein Kohlenlager gestoßen, das sich bis zu einer Tiefe von 12 Metern erstreckt; wie weit es sich in der Länge und Breite ausdehnt, ist bisher noch nicht untersucht worden. Es werden geologische Untersuchungen darüber angestellt, ob die Braunkohle auch die nötige Heizkraft besitzt und ob es sich lohnen wird, sie abzubauen.

Theater und Musik.

„Der Bund der Jugend", Lustspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Nur zweien seiner Dramen hat Ibsen die Gestalt von Lustspielen gegeben: der „Komödie der Liebe" und dem „Bunde der Jugend". Allerdings kann man Karl Scheffler nicht ganz unrecht geben, wenn er vor Jahr und Tag in seiner „Ibsendämmerung" feststellte, daß die meisten der Stoffe, aus denen Ibsen mit ungewöhnlicher Bildkraft seine Tragödien der menschlichen Seele gestaltet hat, recht eigentlich Lustspielstoffe und die Gestalten ihrer Anlage nach zumeist Komödienfiguren sind. Wie dem aber auch sei, Ibsen selbst hat nur die beiden bereits vermerkten Werke als Lustspiele gewertet. Paul Ernst, dem man Sach- und Fachkenntnis nicht absprechen kann, denn er selbst ist einer unserer feinsten Dichter, steht sogar nicht an, den „Bund der Jugend" als ein Meisterwerk zu bezeichnen und prophezeit ihm eine längere Lebensdauer als selbst der „Nora". Und es ist gewißlich wahr — die Aufführung am Dienstag im Stadttheater hat es uns von neuem bestätigt —, der „Bund der Jugend" hat innere Werte und Wahrheiten in sich, die über Zeit und Raum ihre Berechtigung behalten. Allein schon aus diesem Grunde wird dieses Lustspiel vom Wandel der sozialen Anschauungen und Einrichtungen unabhängig bleiben.

Im Mittelpunkt der Handlung im „Bund der Jugend" steht ein Mann, der Rechtsanwalt Stensgard, der in sich den Ehrgeiz hat, sich emporzustrebern, um im politischen Leben eine Rolle zu spielen. Zu diesem Zwecke gründet er einen Verein, den „Bund der Jugend", der ihm auf seiner Jagd nach Macht und Einfluß das Sprungbrett abgeben soll. Da Stensgard trotz aller äußeren Liebenswürdigkeit ein eitler Prahler und Phrasenmacher ist, fängt er sich schließlich in seiner eigenen Schlinge und verdirbt es mit allen. Selbst von den drei Frauen, an die sich dieser Glücksritter heranzubirschen versucht, um, wenn er die eine nicht erhält, wenigstens sich mit der anderen trösten zu können, erhält er keine ab. Mit drei Verlobungen schließt der alte Schwerenöter Ibsen sein Lustspiel ab; aber der Held geht völlig leer aus und empfiehlt sich auf Nimmerwiedersehen für immer. Für immer? Ibsen läßt das durch den alten Lundestad und den Zyniker Daniel Hejre bezweifeln. Sie weissagen, daß Stensgard in zehn oder fünfzehn Jahren im Reichstage oder im Ministerium sitzen werde, weil er dann von ziemlich zweifelhaften Alter sein werde, und schon Napoleon habe gesagt: „Die Zweifelhaften sind das Holz, woraus man Politikusse macht." Diese geringe Wertung der Politiker darf man dem losen Spötter Ibsen nach den traurigen Erfahrungen, die er selbst in seiner Heimat mit der Politik gemacht hatte, nicht allzu übel nehmen.

Ibsen hat dieses Lustspiel 1869 geschrieben. Daß er sich schon damals innerlich mit der erst zehn Jahre später erschienenen „Nora" getragen haben muß, beweist die neunte Szene im dritten Aufzuge. Hier springt das „Nora"-Problem von der Frau, die nicht länger als Puppe behandelt sein will, bereits in aller Form zum Greifen deutlich auf. Selbst die Worte weisen schon auf die spätere „Nora" hin.

Unser Theater hatte für das Lustspiel einen überaus glänzenden Rahmen geschaffen. Herr Direktor Paul v. Bongardt, der die Inszenierung selbst besorgt hatte, war in der Besetzung der einzelnen Rollen außerordentlich vom Glück begünstigt gewesen. Die Hauptperson, den Rechtsanwalt Stensgard, spielte Karl Moran. Stensgards Charakter hat seine Nücken und Tücken, wenn er überzeugend wirken soll. Um so erfreulicher ist es für uns, feststellen zu können, daß Moran seine Aufgabe in äußerst glücklicher Weise gelöst hat. Sein Stensgard leibte und lebte und war keine leere Theaterpuppe, kein abgebrühter Schuft, sondern ein geradezu kindlicher Lügner und Prahler, der blindlings in sein Verderben torkelt. Alle Achtung! Für den Kammerherrn Bratsberg setzte Dr. Egmont Krough sein reiches Können ein. Die Ausprägung des Charakters war scharf und deutlich und strahlte fast klassische Ruhe aus. Von ganz köstlicher Art war auch der alte Daniel Hejre Karl Heidmanns. Hejre ist echtes Gewächs Ibsens. Heidmann packte den Stier bei den Hörnern und schuf eine Gestalt, die geradezu Riesenmaß hatte und seinen unglückseligen „Ecce homo" vergessen machte. Ohne Farbe war der Doktor Fjeldbo Heinrich Schroths, von gutem Zuschnitt der Buchdrucker Aslaksen Martin Holtmanns. Den Spekulanten Monsen zeichnete Karl Pündter außerordentlich glücklich. Peter Höllriegel gab den alten Abgeordneten Lundestad in recht ansprechender Art. Die Krämerswitwe Madam Rundholmen fand durch Martha Hohenfeld eine höchst glückliche Verkörperung. Auch die übrigen Darsteller entledigten sich in bester Weise ihrer Aufgaben, so daß die Aufführung durchweg nur angenehmste Eindrücke hinterließ und bei den Zuschauern mehr als einmal lebhafte Heiterkeit und starken Beifall auslöste. In der Geschichte unseres Theaters darf diese Aufführung des „Bundes der Jugend" für alle Zeiten einen Ehrenplatz beanspruchen.

-o-

Neueste Nachrichten.

Ein französisches Militärgericht in Oberschlesien.

TU. Gleiwitz, 18. Februar. Unter Bruch des Friedensvertrages haben die Franzosen in Gleiwitz ein Militärgericht eingesetzt, das bereits eine Reihe deutscher Staatsbürger verurteilt hat.

Pressestimmen zur Antwort der Entente.

TU. Berlin, 18. Februar. Der „Vorwärts" schreibt: „Die Note ist keineswegs frei von Fußangeln und Unklarheiten, die zu künftigen Verwickelungen Anlaß geben können. Für den Augenblick ist jedenfalls die höchst kritische Situation entspannt worden. Es besteht die Sicherheit, daß die Auslieferung der Angeschuldigten an den Feind jetzt, und die starke Möglichkeit, daß sie auch für die Zukunft vermieden wird."

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt: „Ohne die stillen Gedanken der Regierung zu kennen, darf man wohl annehmen, daß sie ganz einfach erklären wird, das Reichsgericht werde in voller Unabhängigkeit, nur vom Geiste des Rechtes gelenkt, die Anklagen untersuchen und die Urteile fällen, und daß sie die Ententemächte ersuchen wird, ihr all die Möglichkeiten zu bieten, ohne die es eine einwandfreie und „befriedigende" Prozeßnur nicht gibt."

Die „Kreuzzeitung" führt aus: „Die Note ist unannehmbar und ebenso, wie die Auslieferungsnote, undurchführbar. Pflicht der Regierung ist, jetzt zu zeigen vor aller Welt, ob sie noch ein Gefühl für die deutsche Ehre hat. Zweckmäßigkeitsgründe können zu einer Nachgiebigkeit nicht führen." — Auch die alldeutsche „Deutsche Zeitung" bezeichnet die Note in der vorliegenden Form als unannehmbar.

Graf Michael Karolyi öffentlich gezüchtigt?

TU. Wien, 18. Februar. Graf Michael Karolyi ist in Prag auf dem Wenzel-Platz durch mehrere Schläge ins Gesicht insultiert worden. Der Attentäter wurde als der Grundbesitzer Elemar Honya aus Siebenbürgen festgestellt. Er erklärte, den Grafen Karolyi aus Empörung darüber insultiert zu haben, daß der gewesene Präsident des unglücklichen Ungarn fröhlich und sorglos in Damengesellschaft spazieren gehe, während in Ungarn als Folge der verbrecherischen Politik Karolyis tausende zugrunde gegangen sind und verhungern mußten.

Entlassung der Deutschen in Schweizer Bankbetrieben.

TU. Zürich, 18. Februar. Die Schweizer Banken haben neuerdings ein Abkommen unter sich getroffen, keine Deutschen mehr anzustellen. Begründet wird dieses Vorgehen, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, damit, daß Schweizer Staatsangehörige von den deutschen Banken entlassen wurden. Es ist dies der erste hier bekannt gewordene Fall, daß die Schweiz mit derartigen Repressalien in rigoroser Weise Deutschen gegenüber auftritt.

Schweizerische Ausfuhrerlaubnis.

TU. Bern, 18. Februar. Das eidgenössische Ernährungsamt hat für eine Reihe von Waren die allgemeine Ausfuhr gestattet. Hiervon sind besonders zu nennen: Hafer, Gerste, Mais, sowie das hieraus hergestellte Mehl, Obst, Vanille, Tee, Wildbret, Zigarren (mit Ausnahme von Stumpen) und Zigaretten.

Der Gerichtshof des Völkerbundes.

TU. Basel, 18. Februar. Aus London wird gemeldet: Der ständige internationale Gerichtshof des Völkerbundes wird sich nach den in London auf Vorschlag von Leon Bourgeois gefaßten Vorschlägen wie folgt zusammensetzen:

Frankreich: Fromgtot, juristischer Beirat des französischen Außenministeriums und Mitglied des Haager Schiedsgerichts. — Amerika: Früherer Staatssekretär Root, Mitglied des Haager Schiedsgerichts. — England: Lord Phillimores, englischer Großrat, Richter am Appellationsgericht und Vorsitzender der britischen Untersuchungskommission des Völkerbundes. — Belgien: Decamps, belgischer Minister, Professor des internationalen Rechts und Mitglied des Haager Schiedsgerichts. — Argentinien: Exminister Drago. — Italien: Professor Saddo, von der Universität Neapel. — Norwegen: Grama. — Holland: Dr. Loder. — Serbien: Wesmitsch, Gesandter in Paris. — Japan: Akiyziki, früherer japanischer Gesandter in Wien.

Präsidentschaftswechsel in Frankreich.

TU. Paris, 18. Februar. Montag fand der letzte Ministerrat unter dem Vorsitz Poincares statt. Der Wechsel im Elysee vollzog sich Dienstag nachmittag um 3 Uhr unter den üblichen Feierlichkeiten. Nachmittags wurde der neue Präsident, Deschanel, umgeben von den drei ehemaligen Präsidenten Loubet, Falliteres und Poincare im Stadthause empfangen.

Forderung der fünftägigen Arbeitswoche.

TU. London, 18. Februar. Die Minenarbeiter aus dem Rhenda-Distrikt von Südwales fordern die Einführung einer fünftägigen Arbeitswoche. Diese Frage soll, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, gelegentlich des nächsten Jahreskongresses behandelt werden.

Senkung der Lebensmittelpreise.

TU. Neuyork, 18. Februar. „Journal of Commerce" verzeichnet ein Fallen der Lebensmittelpreise. Das Blatt schreibt diesen Preisrückgang der Valutakrisis zu.

Einspruch gegen den Verkauf beschlagnahmter deutscher Schiffe.

TU. Neuyork, 18. Februar. Randolf Hearst erhebt gerichtlichen Einspruch gegen den Verkauf beschlagnahmter deutscher Schiffe an den englischen Fiskus. Er beschuldigt Wilson, die amerikanischen Interessen nicht zu beachten, eine Beschuldigung, die auch schon im Kongreß erhoben wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Nach langem, langen Warten erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam, der Flugzeugführer

Friedrich Weiß,

Inhaber des Eis. Kreuzes 1. u. 2. Klasse und anderer Auszeichnungen,
im 28. Lebensjahre in Rußland mit seinem Flugzeug auf tragische Weise ums Leben gekommen ist.

Dieses zeigen tiefbetrübten Herzens an
Carl Weiß u. Frau geb. Schwärk,
Herm. Thiel u. Frau geb. Weiß,
Johs. Ohde u. Frau geb. Weiß,
Karl Weiß,
Walter Weiß.
Margarete Mielke als Braut,
Burg b. Magdeb.
und alle Verwandte.

Lübeck, Schwartauer Allee 193.

Er war unser aller Stolz und Freude.

Wenn Ueberführung möglich, wird Tag der Beerdigung noch bekannt gemacht.

Von Beileidsbesuchen bitten absehen zu wollen. 13198

Am Sonntag, dem 15. Februar, ist nach schwerer Krankheit unser Kontrolleur

Herr Heinrich Kossow

im 63. Lebensjahre sanft entschlafen.

Nahezu 38 Jahre hat derselbe in den verschiedensten Stellungen im Dienste unseres Unternehmens mit großer Pflichttreue und vorbildlichem Fleiße gewirkt, sodaß wir seiner allzeit dankbar gedenken werden. 13174

Lübeck, den 18. Februar 1920.

Direktion der Lübecker Straßenbahn.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck

Am Sonntag, d. 15. Febr., verstarb unser Kollege, der Kontrolleur

Heinrich Kossow.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. M., vorm. 9½ Uhr, von der Kapelle des Burgtor-Friedhofes aus statt. Treffpunkt der Kollegen 9¼ Uhr daselbst. (13194

Die Ortsverwaltung.

Die Geburt eines kräftigen **Mädchens** zeigen hocherfreut an (13189

Carl Jürß und Frau
Marta, geb. Frank.
Lübeck, den 17. Febr. 1920.

Eine große Zwei-Stuben-Wohnung mit Gas gegen eine and. zu vert. Holst. bevorz. Ang. u. J17 a. d. Exp.

Grdlg. Sofa, f. neu, ohne Bezug, zu vert. Zu besch. Donnerst. abs. v. 6—7 Uhr. (13193) Meierstr. 3 a. II.

Ein neuer Küchenschrank zu verkaufen. (13178 Ludwigstraße 71, II. links.

Ein langer Spiegel zu verkaufen
13182) Klappenstr. 22 a.

Fast neuer **Jünglings-Anzug** zu verkaufen.
13181) Krähenstr. 30/11.

---

3 Meter Stoff zum Anzug preiswert zu verkaufen.
13154) Bleicherstr. 6 b. II.

Zu vert. Ober- u. Unterbett. Schönböckener Str. 18.

Die Verfassung des Deutschen Reiches
vom 11. August 1919.
Textausgabe mit Sachregister.
Preis Mk. 2.—.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Flotte saubere **Maskenanzüge** zu vermieten.
13191) Dünkenhagen 3, III.

Saub. Herren- u. Damen-**Maskenkostüme** zu vermieten. (13199
Gr. Burgstraße 23, pt.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Pelzgarnituren
werden **schnell** und nach **neuesten** Formen billigst umgearbeitet. (13170
D. Wagner, Holstenstr. 8.

Epilepsie (Fallsucht) heilbar?
Lassen Sie sich sofort die neue „Picket"-Broschüre unberechnet schicken von
Max Krusche, Heidenau
13173) Nr. 154.

---

1 Partie Brennholz
in Stücken,
1 Rest Torfmull billig abzugeben. (13200
Hundestraße 27, Kl.

Wassersport.

Oeffentl. Versammlung zur Gründung eines Arbeiter-Schwimm-Vereins.

Das **Arbeiter-Sport-Kartell zu Lübeck** fordert alle Wassersport-Liebhaber auf, sich am **Freitag, dem 20. Februar, abends 7½ Uhr,** bei Herrn **F. Lender, Hundestr. 41,** einzufinden, um einen Arbeiter-Schwimm-Verein zu gründen. (13180) **Der Vorstand.**

Sammelt Papier!

Alte Zeitungen und Zeitschriften, Hefte, Papierfetzen, alte Geschäftspapiere usw.

Wir vergüten in Bargeld!

Wer mehr als 80 Pfund glattes Papier aufliefert, erhält bis auf weiteres ½ Pfund

Erbsen umsonst!

Für Kinder: **Sparbuchsystem.**

Gemeinnützige Brockensammlung.
Sammelst.: Salzspeich.
13172

Hautjucken-Krätze
sichere und schnellste Hilfe durch
Bilz Perusalbe
Dose 4.50 Mk.
Versand: **Grüne Apotheke, Erfurt.** (13187

Zigarren 70, 85, 90, 1.— usw.
Zigaretten Engl. Goldfl., Navi Cut, Oro, Tom Tit, à 45 Pfg. Deutsche Garbarty, Laferme, Sossidi, Manolt, gar. rein hell orient. Tabake v. 10 ₰ an
Zigarrillos 40, 55, 60 und 70 Pfg.
Tabak gar. rein, 100 Gr. 5.80 Mk.
Nordhäuser Kautabak, Rolle 1.30 Mk.
K. Specht, Arnimstraße 1a.
Endstation der Straßenbahnlinie 1. 13179

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 19. Februar, abends 6½ Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Lender, Hundestr. 41.

Tagesordnung:
Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen.

13201) **Die Ortsverwaltung.**

Gesellschaftshaus
Weisser Engel
Ratzeburg. Allee 29, Endstation d. Linie 1
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr.
13166

Waisenhof Freitag **Tanzkränzchen** 13175
Sonntag, den 22. Februar:
Masken-Ball.
Sparklub „Immer mehr".

Ein Geschäfts-Inserat, welches 30 Mk. kostet, muß heute 300 Mk. einbringen. Sie haben diese Garantie, wenn Sie im „Lübecker Volksboten" inserieren. : Machen Sie bitte einen Versuch! :

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze

Nur noch 2 Tage:
Ich lasse Dich nicht!
5 Akte nach dem gleichnamigen Roman von H. Courths-Mahler.

Die Tragödie einer Intriganlin
Eine Glashaustragödie in 6 Akten.
Nach einem Manuskript von H. Gaus.

Eva, wo bist Du?
Lustspiel in 3 Akten. 13185

Aufführungszeiten von 4—7 Uhr, 7—10 Uhr.

FLEDERMAUS

Kabarett-Diele Fünfhausen 17/19
Jeden Abend 8 bis 12 Uhr: (13184

Das Riesen-Februar-Programm

Das Weltwunder Labero
mit seinen spannenden Experimenten.

HADGES u. BILLER
das mondäne Tanzpaar,
Schöpfer des Origin.-Foxtrott.

Und 8 weitere Attraktionen.

2 Orchester: Dirig. H. Eivers u. W. Schwenk.
4-Uhr-Tee Auftreten der Künstler. Gewähltes Programm.

Mittwoch, 18. Februar:
Ehren-Abend
für den beliebten Rollschuhkünstler
Paul Przybillak,
Weltmeister im Rollschuhkunstlauf.

Werftratten-Unterstützungsverein der Lübeck-Büchener Eisenbahn.
Gr. Ball mit Aufführungen
am Sonnabend, 21. Febr. im Kolosseum.
Anfang 6 Uhr (13198) Der Vorstand.

Adlershorst. Jeden Donnerstag: **Tanz** 13168

Konzerthaus Flora.
Jeden Donnerstag:
TANZ
Anfang 6½ Uhr. (13168) Max Siems.

Zeitbroch. Gold- u. Silbersachen, Brillanten, alte goldene u. silberne Uhren, auch nicht gangbare, kauft zu höchsten Tagespreisen (13171
Uhrmacher A. Hübner,
Fünfhausen 13.

Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Lederpatentsohlen usw. billigst bei
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 13165

Deutscher
Eisenbahner-Verb.
Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 20. Febr., abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Kartellbericht.
2. Wahl von Kartellbelegierten.
3. Innere Verbandsangelegenheiten. (13192

Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen Donnerstag: (13197
Gr. Tanzkränzchen.
Anf. 6 Uhr. F. Westfehling.

Gasthof zur Post Schlutup.
Morgen Donnerstag:
Tanz
von 4 bis 7 Uhr für Kinder, Eintritt 50 Pfg.,
ab 7 Uhr für Erwachsene.
13202) H. Vetter Ww.

Männer-Gesang-Verein Seeretz-Dänischburg.
Einladung zum
Fastnachts-Ball
verbunden mit
Kappenfest
am Sonnabend, 21. Febr.
im Lokale des Herrn E. Cordts in Seeretz.
Vornehme Ballmusik.
Anfang 7 Uhr. Ende morg.
Nach 12 Uhr: Große Fastnachtsüberraschung.
13195) Das Komitee.

Hansa-Theater 13176
Mittwoch:
Schwarzwaldmädel.
Donnerstag:
Wo die Lerche singt.
Freitag:
Das Mädel von drüben.

Stadttheater Lübeck (13188
Mittwoch, den 18. Februar:
20. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.
Anfang 7 Uhr.
Zum letzten Male!
Der Stier von Olivera.
Oper in 3 Akten von von Eugen D'Albert.
Donnerstag, d. 19. Februar:
Zum letzten Male!
Judith.
Freitag, den 20. Februar:
21. Vorstellung im Freitag-Abonnement:
Einmaliges Gastspiel von Adolf Trimborn vom Carl-Schulze-Theater in Hamburg.
Traviata.
Alfred: Adolf Trimborn als Gast.
Sonnabend, den 21. Febr.:
Der Graf von Luxemburg.

Beilage zu Nr. 41.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 18. Februar 1920

Der Friedensvertrag und Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Von H. Wittich, Mitglied der Preuß. Landesversammlung.

Der Friedensvertrag von Versailles fügt Deutschland auch volkswirtschaftlich ungeheuren Schaden zu. Neben dem Verlust von industriell unentbehrlichen Gebieten gehen auch große landwirtschaftliche Flächen verloren. Da wir gegenwärtig auf dem Weltmarkt kaum zu kaufen in der Lage sind, bleiben wir für die notwendigen Lebensmittel ganz auf die deutsche Landwirtschaft angewiesen, und eben deshalb treffen uns die Verluste an landwirtschaftlich bedeutungsvoller Fläche um so schwerer.

Von den zirka 54 Millionen Hektar deutscher Gesamtfläche werden ungefähr 43 Millionen für landwirtschaftliche Zwecke benützt. Ob Deutschland sich in Friedenszeiten selbst ernähren konnte, darüber herrschte lebhafter Streit. Bei der jetzigen Bodenkultur wird es aber im allgemeinen unmöglich sein, im verkleinerten Deutschland auch bei Ausnutzung aller Oedländer und bei günstigen Witterungsverhältnissen das frühere Friedensquantum an Nahrungsmitteln zu erzeugen. Wohl aber werden vielleicht die Kriegsrationen aufgebracht werden können, **wenn die Erfassungsorganisationen ihre Pflicht tun.**

Durch den Friedensvertrag hat Deutschland sofort verloren:

	Einwohner	Hektar landw. Gelände
Elsaß-Lothringen	1 874 014	1 452 180
Ostpreußen	164 748	293 447
Westpreußen	1 295 733	1 777 716
Posen	1 944 243	2 599 891
Schlesien	72 744	79 317
Insgesamt	5 351 482	6 202 551

Das bedeutet 8,24 Prozent der Einwohner und einen noch größeren Teil der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Abgesehen vom Vieh und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehen in diesen Gebieten (mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen) uns jährlich 41 Millionen Doppelzentner Getreide, 35 Millionen Zentner Zuckerrüben, 100 Millionen Doppelzentner Kartoffeln, 57 Millionen Zentner Futtermittel und 2 Millionen Zentner Hülsenfrüchte verloren. Wenn wir sie vielleicht auch später noch kaufen können, so muß doch erst Ersatz dafür gesucht und geschaffen werden.

Eine Reihe weiterer Gebiete werden ihr endgültiges Schicksal erst durch die Abstimmung erhalten. Hier kommen das Saargebiet, ein großer Teil Ostpreußens mit 1,24 Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche, Westpreußen, Oberschlesien mit ebenfalls über einer Million Hektar Fläche, Schleswig-Holstein, die bayerische Pfalz sowie Eupen und Malmedy in Betracht, insgesamt eine Bevölkerung von 3 641 811 Köpfen gleich 5,6 Proz. der deutschen Bevölkerung und eine Fläche landwirtschaftlich benutzten Geländes von 3 396 486 Hektar gleich 6,28 Proz. unseres landwirtschaftlichen Gebietes überhaupt. Endlich umfaßt das besetzte Gebiet (mit Ausnahme von Eupen und Malmedy) über 6½ Millionen Menschen gleich 9,2 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung.

Die landwirtschaftliche Fläche, die wir verlieren, ist also verhältnismäßig größer und auch durchschnittlich ertragreicher als die Verminderung der Bevölkerung ausmacht. Infolgedessen wird die Ernährungslage infolge des Versailler Friedens für Deutschland noch sehr viel schwieriger, als sie ohnehin vorher war.

Das Gebot der Stunde muß deshalb sein, daß die Landwirtschaft sich ganz in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Des weiteren muß sofort mit allem Nachdruck dafür gesorgt werden, daß durch Zuweisung von künstlichem Dünger, Saatgut und technischen Hilfsmitteln die Bodenergiebigkeit wesentlich gesteigert wird. Dringend notwendig ist es auch, rücksichtslos dafür einzutreten, daß die landwirtschaftlichen Produkte angemessen bezahlt werden. Und in letzter Linie ist dafür Sorge zu tragen, daß die planmäßige Erfassung, Beförderung und Behandlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht abgebaut, sondern ausgebaut wird. Sollte das alles sich durch genossenschaftlichen Zusammenschluß der Erzeuger und Verbraucher gewährleisten lassen, so wäre nicht nur die Ernährung im allgemeinen sichergestellt, sondern auch eine Erhöhung der Rationen wohl denkbar.

Alle Schuld an unserem Ernährungselend wird jetzt auf die Zwangswirtschaft geschoben. Diese falsche Behauptung wird von drei Gruppen Menschen aufgestellt: von Demagogen, die auf den Eigennutz der Landwirte spekulieren, von unüberlegten Dummköpfen, die ihnen ihre Agitationsphrasen nachsprechen und von Leuten, die von der landwirtschaftlichen Produktion keine blaue Ahnung haben. In Wirklichkeit sind schuld: die zurückgegangene Bodenergiebigkeit, die geschwundene Moral und auch eine falsche Preispolitik. Als Beweis dafür können die nachstehenden neuen Zahlen der **Ernte von 1919** dienen. Die Hektarerträge sind im allgemeinen zurückgegangen, aber trotzdem wäre bei einigermaßen gutem Willen eine bessere Versorgung möglich gewesen.

Denn es wurden im Jahre 1919 geerntet: 176 920 000 Zentner Brotgetreide oder pro Kopf der Bevölkerung 282 Pfund; 182 080 000 Zentner Futtergetreide; 387 800 000 Zentner Kartoffeln oder pro Kopf der Bevölkerung 5 Zentner und ein Rest von 80 Millionen zum Verfüttern; 5 815 000 Zentner Hülsenfrüchte oder pro Kopf 9,3 Pfund. Aber wo die Körner und Kartoffeln hingekommen sind, das sagt die Zunahme der Schweine. Wir hatten am 4. Dezember 1918 von diesen Vorstentieren 9 223 000 und am 1. September 1919 deren 11 210 000, mithin eine Zunahme von fast zwei Millionen Stück. Trotzdem bekommt man selten ein Stück Schweinefleisch zu sehen. Das Großvieh hat eine Zunahme von 132 000 Stück erfahren. Das wenigstens sind die **gemeldeten Zahlen. Wieviel ungemeldete Tiere sind noch da?** Wir haben in Deutschland 7,68 Millionen Milchkühe, und für die Milchversorgungsberechtigten gebrauchen wir täglich 6,3 Millionen Liter Milch. Um diesen Bedarf zu decken, muß pro Kuh und Tag noch nicht einmal ein Liter abgeliefert werden. Trotzdem werden diese Versorgungsberechtigten nicht beliefert und so mancher Säugling, so manche kranke und alte Person geht dadurch zugrunde.

Die Uebersicht über die deutsche Ernährungslage ergibt also, daß die Verluste aus dem Friedensvertrag uns außerordentlich schwer treffen, daß aber trotzdem bei gutem Willen der Landwirte, bei planmäßiger Wirtschaft und guter Erfassungsorganisation die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung nicht verzweifelt zu werden brauchen. Deshalb tue ein jeder seine Pflicht!

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 18. Februar.

Der Fischwucher am Branger.

Regelung der Fischpreise.

Das **Landesversorgungsamt** beschäftigte sich, wie wir gestern schon kurz mitteilten, am Dienstag in einer Sitzung, an der auch Vertreter der Fischer, der Fischhändler und der Fischindustriellen teilnahmen, mit der Fischversorgung Lübecks und mit den hohen Fischpreisen. Herr Senator **Dimpker**, der die Sitzung leitete, wies zunächst auf die große Erregung in der Bevölkerung hin, die wegen der hohen Fischpreise entstanden ist. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlung eine Einigung mit den Fischern ergeben möchte. **In erster Linie müßte die Bevölkerung Lübecks mit billigen Fischen versorgt werden.** Ungeheure Fänge seien in der letzten Zeit gemacht worden. Wie groß die Erregung geworden sei, beweise der **Beschluß der Eisenbahner**, keine Fische mehr nach auswärts zu befördern, wenn der Preis nicht auf 80 Pfg. pro Pfund herabgesetzt würde. Der Staat sei in der Lage, die Fischereibewirtschaftung zu übernehmen, doch würde diese Maßnahme erst dann in Frage kommen, wenn alle übrigen Mittel versagt hätten. Der Vertreter der Fischer, Herr **Wilwater**, gab die Zusage, nach Lübeck soviel Fische zu liefern, als verlangt würden. Die Belieferung sei in den letzten Tagen so stark gewesen, daß die Fische in der Markthalle nicht einmal verkauft worden seien. (Weil die **Preise zu unverschämt** waren. Red.) Auch die Preise seien gefallen. Einer weiteren Preisherabsetzung könnten sie nicht zustimmen, weil einerseits die Unkosten und Materialkosten zu hoch seien und andererseits nicht die Fischer, sondern die Fischereigenossenschaft über die Preise zu beschließen hätte. An der Erregung in der Bevölkerung hätten die unrichtigen Zeitungsartikel viel Schuld. (Natürlich, genau so, wie die Agrarier behaupteten, an den hohen Preisen sei die Sozialdemokratie schuld. **Die das Geld skrupellos in den Beutel stecken, sind die wahren Engel!** Red.) Wenn die Fischindustriellen auf das Angebot von 1,25 Mk. keine Antwort erhalten hätten, so läge das an ihrem eigenen diktatorischen Vorgehen. Nur wenn die großen Fänge anhielten, könne vielleicht eine Preisherabsetzung in Frage kommen. Die Genossenschaft unterstütze ihren Vorstand. Herr Polizeirat **Lippert** ging scharf mit den Fischern ins Gericht. Er verwies darauf, daß die Fische größtenteils nach auswärts gegangen seien. Die hiesige Bevölkerung darbe und in der **Fischindustrie** sei große Arbeitslosigkeit. Die Genossenschaft, die um genaue Auskunft über Fänge, Versand usw. ersucht worden sei, sei sehr säumig, denn es liege nur eine Antwort über die Zeit vom 11. bis 27. Januar vor. Danach sind in dieser Zeit 1 957 000 Pfund gefangen, die einen Erlös von 4 370 000 Mark brachten. Die meiste Ware ist nach **auswärts** gegangen. Etwa 128 000 Pfund hat die Bevölkerung Lübecks erhalten und die hiesigen Fischindustriellen haben nur sehr wenig bekommen. Der Staatsanwalt wäre beauftragt, zu untersuchen, ob hier nicht Preisüberschreitung oder gar Wucher vorliege. (Beides liegt längst vor. Warum immer so zaghaft? Red.) Bei dem passiven Widerstand der Fischer mußten **Maßnahmen ergriffen** werden, um die **hiesige Bevölkerung** und die hiesigen Fischindustriellen mit **billigeren** Fischen zu versorgen. Für die Industrie und die Bevölkerung müßte ein einheitlicher Höchstpreis festgesetzt werden. Sollte aber wegen der Höchstpreise die Versorgung ungenügend erfüllt werden, so müßten die Fische beschlagnahmt werden. Die Lieferung nach auswärts könne erst dann erfolgen, wenn der hiesige Bedarf gedeckt sei. Die meiste Schuld an den gegenwärtigen Zuständen trügen aber nicht die Fischer, sondern die **Geschäftsleitung der Fischereigenossenschaft** (Irgendwo müssen die Blutsauger doch sitzen! Red.) Letzteres wurde von mehreren anderen Rednern bestätigt.

Genosse **Haut** betonte, daß man sich bei den herrschenden Zuständen nicht über das Vorgehen der Eisenbahner zu wundern brauche. Wenn der Fischer in früheren Jahren auch schwer um seine Existenz zu kämpfen gehabt hätte, so müsse das **heutige Vorgehen** auf das entschiedenste **bekämpft** werden. Der Versand **nach auswärts** geschehe nur, um **höhere Preise zu erzielen.** (Um die Notlage gründlich auszubeuten. Red.) Wären die Preise niedriger, so würde in Lübeck weit mehr gekauft werden. Die Fischer hätten sich gegen die Interessen der Lübecker Bevölkerung schwer versündigt. Es müsse auch geprüft werden, ob der **Verdienst der Händler** nicht zu hoch sei.

Von der **Staatsanwaltschaft** lief ein Schreiben ein, worin verlangt wurde, daß, wenn die Verhandlungen **Material** zum Vorgehen gegen die Geschäftsstelle der Fischereigenossenschaft **wegen Preistreibens** oder **Wuchers** zeitigen sollten, dieses der Preisprüfungsstelle zu übergeben, damit die Staatsanwaltschaft die Sache weiter verfolgen könne. (Hoffentlich erfährt die Oeffentlichkeit später etwas von der Sache. Red.) Herr Senator **Bromme** wies darauf hin, daß die **Fischer die Vereinbarungen wegen Belieferung Lübecks nicht gehalten** hätten. (Weil anderwärts ein größerer Judaslohn winkte. Red.) Der **Hauptschuldige** an den jetzigen Zuständen sei der Geschäftsführer der Fischereigenossenschaft, der ein großes Interesse an hohen Preisen habe, da er 6 Prozent erhalte. Die **Fischer** dürften sich über ein scharfes Vorgehen nicht beklagen, da sie **selber die Schuld** trügen.

Es wurde noch sehr lange debattiert. Einige Redner meinten, die Beschlagnahme stoße auf Schwierigkeiten. Die Fischer würden ihre Fänge in Fehmarn und anderswo absetzen. Ein Preis von 50 Pfg. sei zu gering, etwas mehr müsse gezahlt werden. (Ei, ei, ist das bei diesem Umsatz denn **noch** nicht genug? Red.) Die Vertreter der Händler stellten ihren Verdienst als sehr minimal dar. (Selbstverständlich, die Leute werden alle beim Handel bettelarm! Red.) Die **Vertreter der Behörden** erklärten, daß, wenn die Beschlagnahme erfolgen sollte, man sich mit den **anliegenden Staaten** über weitere Maßnahmen **in Verbindung setzen** werde. Die Fischer betonten wiederholt, daß sie an den Beschlüssen ihrer Konferenz gebunden seien und daher keine Zusagen über die Preise geben könnten. Morgen würde wieder eine Konferenz stattfinden; diese Beschlüsse müßten sie abwarten. Damit seien sie einverstanden, gemeinsam mit dem Landesversorgungsamt die Preise festzusetzen. Sie hätten auch nicht allein an den **Arbeiterrat** billige Fische zur Verteilung abgegeben, sondern sich auch bereit erklärt, für weitere bedürftige Kreise billige Fische abzugeben. (Nur hat man von diesem **Vorsatz** nichts gemerkt. Red.) Demgegenüber wurde gesagt, daß es sich heute nur darum handeln könne, die Fische allgemein billiger zu liefern. Die Konferenzen der Fischer hätten bisher nur Preistreibereien zum Ziel gehabt. (So ist es auch in der Tat. Der Bauch muß bei **den** Herrschaften zum Platzen voll sein. Red.) Herr **Lippert** sagte: Die Fischer würden, nach den bisherigen Ermittelungen wohl wegen Preiswuchers mit Gefängnis bestraft werden. Worauf die Fischer erwiderten, daß sie dieser Sache ruhig entgegen sehen würden. (Für ein Kapital kann man auch mal brummen. Red.) Genosse **Haut** stellte den Antrag, den

---

Christian und Lea.

Eine Erzählung von **Leopold Kompert.**

35. Fortsetzung.

Ein Geist der Oede und Verlassenheit lagerte seitdem über dem Hause, in welchem drei Menschenleben Tagen voll unnennbaren Jammers entgegensiechten. Man weilt nicht gerne im Gebiete des Unheimlichen, und so kam es, daß nur wenige in der „Gasse", fast nur um einer gebotenen Pflicht zu genügen, in die Wohnung des ehemaligen Gemeindedieners eintraten. Es gibt ein Leid, das mit dem Tageslichte nicht gern verkehrt, und dem es wohltut, von Menschenaugen nicht beachtet zu werden. Sarah sah nicht gerne die Leute, die ab und zu auf Krankenbesuche kamen, und ging ihnen aus dem Wege, wo sie nur konnte.

Und doch bebte ihr mutiges Herz keinen Augenblick unter der Folgenschwere jener freien Tat, die mit Christians Aufnahme in ihr Haus ein fast unabsehbares Schlachtfeld voll Kämpfe und Tränen über sie heraufbeschworen hatte. Ihre Seele war fester genietet, als sie selbst ahnte; sie trug die Gewähr des sittlichen Entschlusses in sich, der selbst eine Offenbarung Gottes im Menschengemüte wieder zu Gott zurückleitet, von dem er ausgegangen! Statt kleinmütig ihr Haupt unter die Schicksalsschläge zu beugen und nichtigen Selbstanklagen sich hinzugeben, erhob sie es allmählich wieder in die Höhe, und niemals übersah sie hire Lage mit größerer Klarheit als gerade jetzt. In ihrer Vereinsamung fanden ihre Gedanken den Weg zu Gott, in inbrünstigem Gebete erbat sie sich von ihm die Genesung ihres Mannes, und daß sie die Kraft nicht verlassen möge, auszuharren bis zu Ende, und vor allem, an sich nicht irre zu werden.

„Warum hat es mich betroffen, warum gerade ihn, den guten, rechtschaffenen Mann?" sprach es öfters in ihr, wenn sie die Leidensgestalt Wolfs betrachtete. „Was hat er getan? Die das Kind aufgenommen und erzogen hat, war ja ich, und was kann er dafür, daß ich ihn gezwungen habe, mir einen Schwur auf die heilige Thora zu leisten? Hätte ich ihn nicht auf die Thora sollen schwören lassen?"

Aus dieser Selbstverachtung erhob sich immer wieder ihr Gemüt zur freieren Uebersicht ihres Tuns.

„Hätte Kalmann Würzburg, den man doch Klein-Mendelsohn heißt, mir geraten, nicht zu grübeln und zu tun, wozu mich mein Herz getrieben hat? Ich habe das Grübeln von mir fortgestoßen und bin den Weg gegangen, auf den mich mein Gott gewiesen hat. Bin ich nicht wie Hagar in der Wüste? . . . Als ihr Kind weggeworfen und verlassen unter dem Baum gelegen ist, da hat die Stimme eines Engels vom Himmel gerufen: Hebe das Kind auf . . . und soll das eine Schuld sein, wenn ich Jan Schusters Kind aufgehoben habe aus Not und Elend und bin seine Mutter geworden?"

Und dann strömte es mit lebendiger Gewalt aus dem Innern dieses Gemütes, und mitten aus diesen Fragen trug sie ihre Gedankenflug immer höher.

„Lebendiger Gott," dachte sie, „du weißt selbst am besten, warum du diese schwere Schickung über mich gebracht hast. Ich will nicht murren und mich in deinen Willen fügen, denn wenn ein Herz von Kummer überfließt, wie ein zu volles Gefäß, dann hast du auch die Linderung bereit, um ihm wieder wohl zu tun. Du hast mir ein doppeltes Glück beschert . . . du hast mir nicht nur ein Kind geschenkt, du hast auch zugegeben, daß ich Mutterstelle vertreten darf bei einem andern Kindel Dein Wille kann nicht sein, daß man mir das als Fehler oder Sünde anrechnet. Hättest du mir sonst den Gedanken eingegeben? Du hast ja das Kind gut und rechtschaffen werden lassen, wie kaum eines in der „Gasse", sollte das nicht ein Fingerzeig von dir sein, daß ich recht gehandelt habe? Und hätte ich anders handeln können, wenn das Kind von einem in der „Gasse" und nicht Jan Schusters Kind gewesen wäre? Wie kommt da das fremde Blut ins Spiel? Du weißt es, ich habe ihn nicht abwendig gemacht dem Glauben, den seine Eltern gehabt, weil ich es nicht ertragen könnte, daß jemand mein Kind, was du behüten und beschützen mögest, deiner heiligen Religion entführen möchte. Ich habe ihn in Zucht und Sitte aufgezogen, ich habe über ihm gewacht, und es ist ein rechtschaffener Mensch aus ihm geworden . . . Eine Blume, die auf dem Wege liegt, hebt man auf, damit sie nicht zertreten wird, das frierende Vögelchen nimmt man zu sich, damit es draußen in der kalten Luft nicht umkommt, und ich hätte mich eines Kindes nicht annehmen sollen, eines Menschen, der ein Bild ist von deinem Bilde und ein Abglanz von deiner Herrlichkeit und Pracht?" —

So betete die starkmutige Seele dieser Frau in den Stunden der Betrübnis, und es tat ihr wohl. Konnte sie doch nebst dem Leide, das sie täglich und stündlich mit hohlen Augen anstarrte, ihres Christian gedenken, der auf einen bloßen Wunsch von ihr in die weite Welt gegangen war, ohne daß sie wußte, wo er jetzt weilte. Warum hatte sie ihn gehen lassen? Und so oft sie des Abwesenden gedachte, kamen ihr aus seiner Kindheit jene Lichttage in die Erinnerung zurück, an denen das eigentliche Wesen des Kindes einer gewissen Entwickelung entgegengegangen war. Vorzüglich ruhte ihre Erinnerung auf jenem Abende, wo sie mit Lea das Nachtgebet verrichtete und Christian weinte, und sie den Entschluß faßte . . . das Kind zu der alten Bozena zu schicken. Noch jetzt machte dieser Gedanke ihre Wangen von hoher Glut entbrennen, sie war froh darauf, daß sie ihn ausgeführt. Was wäre sonst aus Christian geworden? Wurde er nicht dadurch gleichsam befähigt, jene Doppelstellung im Leben einzunehmen: daß er dem Wesen beider Glaubensbekenntnisse nahe genug stand, um dem einen, dem er durch seine Geburt gehörte, mit aller Kindlichkeit anzuhängen, während ihm der andere das Verständnis seiner innersten Wesenheit erschloß . . .

Es waren wieder zwei Jahre vergangen. Für Sarah und Lea war diese Zeit ein einziger langer Tag voll einförmigen Leides, dem keine Erhebung und Aufrichtung folgte. Die eine vergaß am Krankenbette des Mannes, daß es draußen noch ein Leben gab, die andere mit abgehärmten blassen Wangen wußte wohl von einem Leben da draußen, aber der es ihr bieten sollte, befand sich in weiter Ferne, und alle Sehnsucht vermochte ihn nicht herbeizuführen.

In einer Sommernacht saßen Mutter und Tochter, während Wolf in der angrenzenden Kammer schon schlief, beim Scheine einer einsamen Kerze und nähten — eine traurige Beschäftigung für ohnehin gedrückte Menschen — an den Sterbekleidern für eine vor zwei Tagen in der „Gasse" verstorbenen Frau, die am darauffolgenden Morgen begraben werden sollte. Lange schwiegen die zwei; eine jede spann ihre eigenen Gedankenfäden und die gaben kein heiterfarbiges Gewebe.

Da sagte Sarah:

„Eins wundert mich sehr von Channe Klattauer, mit der der Friede sei, daß man nach ihrem Tode keine „Tachrichim" (Sterbekleider) nach ihr gefunden hat. Ich kann doch nicht denken, weil sie reich war und hat alles in Hülle und Fülle gehabt, daß sie darum vergessen hat, auf die letzte Stunde zu denken?"

„Das ist nur bei uns Juden", meinte Lea, indem sie die Arbeit ruhen ließ, „daß einem der Tod vorschreibt, man dürfe keinen Augenblick sich einen Spaß mit ihm machen. Muß ich gleich ans Sterben denken, wenn ich meinen Kasten aufmache? Christian hat mir erzählt, bei „ihnen" wäre das anders — —"

„Ein jeder tut, wie es ihm am besten dünkt," unterbrach sie Sarah mit mehr Strenge, als sie sonst in ihre Vorwürfe legte. „Wir Juden sind eben ein geplagt Volk, und keine Stunde vergeht, wo nicht Tausende am Herzen gebrochen und geknickt werden. Da schickt es sich, daß wir allewelle den vor Augen haben, dem wir doch nicht entgehen können. Hast du nicht gesehen, daß dein armer Vater, wie er noch gesund war, am Osterabend im Sterbekittel dagesessen ist? Denk' doch, da ist man lustig und trinkt roten Wein! Meinst du, das haben unsere Weisen so ohne Grund vorgeschrieben?"

Auf diese Zurechtweisung der Mutter hatte Lea nur ein ungläubiges Kopfschütteln zur Antwort. Oder hatte sie Sarahs Worte gar nicht vernommen?

Nach einer längeren Weile ließ Lea wieder die Arbeit ruhen.

(Fortsetzung folgt.)

Preis auf 80 Pfg. pro Pfund festzusetzen. Doch die Fischer zeigten kein Entgegenkommen. **Die Versorgung der Lübecker Bevölkerung und der Industrie wurde von den Fischern zugesagt.** (Es darf ihnen auch keine andere Wahl mehr gelassen werden Friß Vogel oder stirb! Red.) Eine Preisfestsetzung auf 80 Pfg. lehnten sie aber ab. In den letzten Tagen gaben sie die Fische an die hiesigen Händler für 1 Mk. und an die Industriellen für 1,60 Mk. ab. **Die Vertreter der Eisenbahner begründeten in scharfen Worten ihr Vorgehen gegen die Fischer.** Sie hätten den Wucher nicht länger dulden können und daher zu dieser Maßnahme gegriffen. (Dies Verfahren ist ganz richtig! Red.) Die Fischer betonten, man könne die Beschlagnahme beschließen, das sei noch besser, als wenn sie sich mit dem Preis von 80 Pfg. einverstanden erklärten, weil letzteres die Aufhebung der Genossenschaft bedeute. (Laß sie zum Teufel gehen! Red.) Beschlossen wurde, den Preis für die Fischer auf 80 Pfg. und den Kleinhandelspreis auf 1,10 Mk. pro Pfund festzusetzen, womit sich die nicht der Genossenschaft angehörenden Fischer einverstanden erklärten. 10 Pfg. beträgt der Verdienst des Großhändlers und 20 Pfg. erhält der Kleinhändler. Sollten die Fischer ungenügend liefern, so wird die Beschlagnahme in Aussicht gestellt (und hoffentlich beim geringsten Versuch durchgeführt. Red.).

•

Die Fischtransportsperre aufgehoben. Der Beamtenausschuß der Lübeck-Büchener Bahn, der als Maßregel gegen den Fischwucher der Fischer die Fischtransportsperre androhte, hat, wie die Vertreter der Eisenbahner in der gestrigen Sitzung des Landesversorgungsamtes mitteilten, am Dienstag morgen die Fischtransportsperre durchführen müssen, weil die Fischer auf ihre Forderung keine Antwort erteilt hatten. Nachdem nunmehr das Landesversorgungsamt Höchstpreise für Heringe festgesetzt hat, ist die Transportsperre seitens der Eisenbahner aufgehoben worden.

Der 8-Stunden-Tag der Hausfrau.

Die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit hat für viele Millionen tätiger Menschen eine ganze bedeutende Verbesserung ihrer Lage gebracht. Der 8-Stunden-Tag ist eine Errungenschaft der Revolution, dessen Bewertung jedem Gewerkschaftler klar ist und der sich diesen Fortschritt auch durch nichts verkleinern läßt. Der achtstündige Arbeitstag war natürlich eine Notwendigkeit und wird eine solche bleiben, auch wenn die Reaktionäre noch so wutentbrannt auf ihr sind. Es ist doch noch lange nicht gesagt, daß sich nach Schluß der Arbeitszeit der Arbeiter nun auf die faule Haut legt und Gott einen lieben Mann sein läßt. Mit diesen kapitalistischen Mätzchen vorwilhelminischer Zeit sollte man heute nicht mehr hausieren gehen. Denn gerade die Zeit war es, wie Dehmel sang, die dem Volke fehlte. Zeit, um sich weiterzubilden, auszuruhen, im Haus und bescheidenen Garten all die Arbeit zu vollbringen, die etwas Lebensfreudigkeit erwecken und dem freien Menschen zur Entwickelung bringen. Dies gilt hier für den Mann. Und die Frau, die Mutter? Ihr Schicksal tritt uns mit erschreckender Deutlichkeit in folgender Zeitungsmeldung vor Augen:

„Ein seltsamer Unglücksfall hat sich Freitag abend in der Linienstraße in Berlin zugetragen. Dort wurde die Arbeiterfrau Preuß in der Küche ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Leiche, die neben dem Gaskocher lag, zeigte schwere Brandwunden am Gesicht und am rechten Arm. Auf dem Gaskocher brannte eine Flamme unter einem heißen Eimer mit verkohlter Wäsche. Nach dem Befunde muß angenommen werden, daß die Frau, nachdem sie die Wäsche auf das Feuer gestellt hatte, sich hinlegte und einschlief. Das Wasser kochte aus und verdampfte, der Eimer wurde glühend, die Wäsche fing Feuer und verqualmte. Frau Preuß erstickte und verbrannte dann."

Hier zeichnet sich das Leiden so vieler Arbeiterfrauen grell ab. Beim Waschen in der Küche eingeschlafen! Wer kennt die Stunden, in denen so manche Hausfrau zur Wäsche schreitet? Ueberhäuft mit Arbeit, vielfach noch außer dem Hause, im Heim selbst die Sorgen für die Ihren, die Sorge ums liebe Brot, um Kleider, um Stopfen und Flicken bei diesen teuren Zeiten. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend ein ewiges Hasten und Jagen nach Kleinigkeiten, die ihr Los beschweren. Wie ganz anders gestellt ist selbst der Mann, der überall mit tätig ist. Hören wir einmal, wie eine bürgerliche Frau über ihre Geschlechtsgenossin im Arbeiterkleid denkt. In Kiel hielt kürzlich Frl. Dr. med. Josephine Höber einen Vortrag über Frauen und Volkshochschule und sagte da u. a.:

„Vergegenwärtigen wir uns nun einen Augenblick den männlichen Durchschnittshandarbeiter und dann den Typus einer Proletarierfrau; sie sind es ja, die die Hörsäle einer Volkshochschule bevölkern sollen. Nach Feierabend pflegt der Mann auf dem Heimwege in Gesprächen mit seinen Kollegen Fragen allgemeiner Bedeutung zu erörtern. In seiner Behausung wird dann die Zeitung, und zwar der politische Teil gelesen, dann häufig nochmals fortgegangen, sei es in Versammlungen oder zu Treffpunkten mit Gleichgesinnten. Ob die Frau ihn begleitet oder daheim bleibt, ändert am Verlaufe des Feierabends wenig. Der Feierabend der Durchschnittsproletariersfrau dagegen — ganz anders! Sie hat nämlich keinen! Nach des Tages Mühen und ewiger Last bringt der Abend die Notwendigkeit des Strümpfestopfens und Kleiderflickens, wenn endlich die Kinder im Bett und das Eßgeschirr abgewaschen ist; hat der Mann die Zeitung aus der Hand gelegt, so kann von ihr eventuell der Anzeigenteil durchgesehen werden, damit von den vom Magistrat liebevoll über die Woche ausgestreuten Mitteilungen über Käse, Kartoffeln, Bonbons auf Kinderkarten (?! Red.), Bezug von Pferdefleisch oder Preiserhöhung der Margarine ja nichts unbeachtet bleibt. Gern folgt die Frau eventuell der Aufforderung des Mannes und geht mit in eine politische Versammlung. Mit größter Teilnahme hört sie den Anfang der Rede, aber bald werden ihre Gedanken von den Sorgen für den nächsten Tag in Anspruch genommen oder es macht wohl nicht ganz selten sich die physische Folge des rastlos verbrachten Tages geltend, und der Schlaf bemächtigt sich ihrer, anfangs unterbrochen von erschrecktem und beschämtem Erwachen, bis die Intervalle immer länger werden und erst der allgemeine Aufbruch sie in die Wirklichkeit zurückbringt. Der herbe, gedrückte Seufzerausdruck, der der Frau des Volkes eigen ist, ist eine natürliche Folge ihres Daseins und steht im krassen Gegensatz zu den „himmlischen Rosen", die nach Schiller die Frauen ins irdische Leben flechten sollen."

Im allgemeinen hat die Referentin lautere Wahrheiten gesprochen. Und man muß ihr auch zustimmen, wenn sie sagt, daß die Frau aus dem Volke bitter und verärgert ist, wenn sie täglich über die dauernden Preissteigerungen der notwendigsten Gebrauchsartikel liest. Frl. Höber knüpft daran die Notwendigkeit, auch die Frau in nationalökonomischen Kursen aufzuklären. Das ist durchaus wünschenswert. Solange aber noch die schreckliche Not durch alle Ritzen schleicht wird es nicht möglich sein, müde Arbeiterfrauen in größerer Zahl in Hörsäle zu bringen. Die sozialdemokratische Partei hat es an Aufklärung der Frauen nie fehlen lassen, ihrem Wirken ist es auch zu verdanken, daß die berufstätige Frau wenigstens nicht mehr Tag und Nacht außerhalb der Familie festgehalten wird. Der Leidensweg der Arbeiterfrau ist noch weit, er wird erst gekürzt und gemildert werden, wenn sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse bessern. Diejenigen aber, die glauben, daß heute im Arbeiterhaushalt die Frau die Dame spielen könne, mögen sich das Obige hinter die Ohren schreiben.

•

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Januar auf 1065 (942), die der Besucher auf 1021 (943). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 45 Personen. Mithin sind im Januar 976 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1067 (930), darunter nach auswärts schriftlich 51 (64). Von den Besuchern waren organisiert 713 (627) Personen, und zwar gewerkschaftlich 521, politisch 80, gewerkschaftlich und politisch 312. Unter den verbleibenden 308 Nichtorganisierten befinden sich 173 Angehörige von Organisierten und 10 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 615 (578) männlich, 370 (344) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 938 (856); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 47 (64); Organisationen 36 (23). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 878 (794) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 70 (72), Oldenburg 33 (45), Mecklenburg 13 (22), Preußen 19 (8), und sonstwo 8 (2). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 148 (139), Privatangestelltenversicherung 2 (—), Arbeits- und Dienstvertrag 125 (154), bürgerliches Recht 267 (244), Strafrecht 65 (72), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 290 (245), Vereins- und Versammlungsrecht 5 (4), Arbeiterbewegung 14 (11), Privatversicherung 10 (2), Handels- und Gewerbesachen 6 (7), Verschiedenes 135 (102). Von den Auskünften machten 428 (432) die Anfertigung von 681 (524) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 8 (19) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 311 (209) Postsendungen. Der 8. Januar zeigte mit 62 (62) die höchste, der 10. Januar mit 23 (19) die niedrigste Besucherzahl.

Aus dem Arbeitsamt wird uns geschrieben, daß im Publikum Zweifel darüber bestehen, ob der Arbeitsnachweis auch Arbeiter zu Gelegenheitsarbeiten, wie zum Beispiel zum Holzzerkleinern, vermittelt. Es wird dazu bemerkt, daß der hiesige Arbeitsnachweis, Untertrave Nr. 104, Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Art zur Arbeitsleistung vermittelt. Es ist dringend erwünscht, sich in allen Fällen an den hiesigen Arbeitsnachweis zu wenden.

Aus dem Narrenspiel des Lebens.

Von Alfred Mello.

Der Zufall spielt im Leben eine recht folgenschwere Rolle. Unversehens lenkt er unsern Kurs in fremde Bahnen, ganz gegen unseren Willen; er täuscht oder narrt uns, wiegt uns aber wiederum in neue Erwartungen ein, treibt also sein Narrenspiel mit uns — oft ohne daß wir davon eine Ahnung haben. Durch Umwege gelangen wir aber durch diese Zufallsmöglichkeiten auch wieder ans Ziel unserer Wünsche, obgleich wir unser Streben durch das Narrenspiel des Lebens scheinbar für wertlos halten mußten.

Schon im Walten der Natur zeitigt sich dieses Narrenspiel in dem Erscheinen der allen Wüstenreisenden bekannten Fata Morgana, jener Luftspiegelung, die am Horizont riesenhafte Landschafts- und Städtebilder auftauchen läßt, um bald darauf wie ein Hauch in nichts zu zerfließen. Was sonst nur kräftigen Männerfäusten möglich, vermochten aus dem Erdboden keimende Pilzmengen in Bristol, als sie durch ihr Wachstum die Steine des Straßenpflasters emporhoben. Mutet es nicht gleichfalls bei der heute herrschenden Beleuchtungsnot wie ein Fastnachtsscherzen an, wenn gegenwärtig die größte Gasquelle der Welt, die Snake-Hollow-Quelle bei Pittsburg, infolge Selbstentzündung vollständig ausbrennt, da ein Löschen dieser ungeheuren Feuerwellen unmöglich ist? Die Kartoffel als Nahrungsmittel zu schätzen, lehrte uns erst eine Hungersnot in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts! Vorher war der Genuß dieser uns jetzt so köstlich mundenden Erdfrucht verpönt. Goethe schreibt darüber bei der Schilderung eines ländlichen Besitztums in Wilhelm Meisters Wanderjahren: „Der treffliche Mann sagte zu sich selbst, der Hausfrau soll es nicht an Kohl noch an Rüben mangeln, damit dem unseligen Kartoffelgenuß nur einigermaßen das Gleichgewicht gehalten werde." Zu Friedrich des Großen Zeiten war der Landwirt ein zäher Gegner des Kartoffelanbaues, da das Volk glaubte, man bekäme davon das Frieselfieber!

Die meisten uns heute unschätzbar dünkenden Erfindungen sind bei ihrer Bekanntgabe verlacht oder unterschätzt worden. Mit ihnen hat das Leben sich ganz absonderliche Scherze geleistet, sonst hätten Erfinder, die nichts erfunden haben, nicht Denkmäler und Erinnerungstafeln erhalten können. In Kufstein hat Madersperger, der als erster Erfinder der Dampfmaschine galt, ein Denkmal bekommen, und die italienische Stadt Aosta besitzt als Merkwürdigkeit eine Gedenktafel für Manzetti, den angeblichen Erfinder des Fernsprechers. Auch die Erfindung des Dynamit durch Alfred Nobel zeitigte manch Narrenspiel, so viel Unheil neben manchem Guten gerade dieser Sprengstoff allen Völkern des Erdballs bringen sollte. Unendliches Leid wäre der Menschheit erspart geblieben, wenn diese Erfindung nicht für Kriegszwecke nutzbar gemacht worden wäre, denn anfangs hat kein Staat Europas Neigung gezeigt, die verheerenden Wirkungen dieses Sprengstoffes technisch auszunützen. Erst als eine Ladung Dynamit auf einem Schiff im Hafen von Lima in die Luft flog und das Schiff binnen einer Sekunde zur Spreu zerrissen war, befaßten sich Ingenieure mit der technischen Nutzbarmachung des Dynamit, wodurch Alfred Nobel über Nacht zum steinreichen Manne wurde. Dieser selbe Alfred Nobel, und auch das ist ein Narrenscherz des Lebens, stiftete dann den Nobelpreis für Kunst und Wissenschaft, weil er auf diese Weise hoffte, sein durch die gefährliche Wirkung des Dynamit erlangtes Vermögen wieder segensreich verwerten zu können.

Auch der Werdegang so mancher berühmt gewordenen Männer läßt in ihrer Jugendzeit durchaus nicht ihre spätere Bedeutung erhoffen. Edison verkaufte als zwölfjähriger Junge Zeitungen auf einer Bahnstation und der berühmte Physiker Newton wurde nicht eher ein fleißiger Schüler, der vom letzten Platz bis auf die erste Bank kam, bis ihm einer seiner höher sitzenden Klassenkameraden im Streit eine Ohrfeige verabreicht hatte. Verdi, Italiens berühmtester Komponist, wurde als achtzehnjähriger Bursche wegen mangelnder musikalischer Begabung als Schüler des Mailänder Konservatoriums abgelehnt, derselben Kunststätte, die den Meister später dadurch ehrte, daß sie sich „Konservatorium Verdi" nannte. Auch Richard Wagner hat das Narrenspiel des Lebens reichlich auskosten müssen. Als Beobachtungsoffizier der Revolutionspartei während der Maiaufstände 1849 in Dresden tätig gewesen, findet er als Flüchtling in der Schweiz ein Asyl. 15 Jahre später wird er zum Hofkapellmeister der Münchener Oper ernannt; König Ludwig II. wird sein Freund und im August 1876 wird sein Bayreuther Festspielhaus im Beisein des deutschen Kaisers und der deutschen Fürsten feierlich eröffnet.

Für wenige Brief- und Notenzeilen unserer klassischen Dichter und Komponisten zahlt man heute Tausende von Mark. Wieviele sorgenfreie Stunden hätten damit unseren Geisteshelden bei deren Lebzeiten ermöglicht werden können. Damals bedeuteten tausend Mark ein Vermögen. Heute kann man dank der schlechten Zeiten damit gerade den Herstellungswert eines Anzuges bezahlen. Die heutigen Narrenscherze des Lebens mit ihren enorm hohen Anschaffungs- und Lebensmittelpreisen haben auch Gehaltsstaffeln eingeführt, die z. B. dem Direktor der Berliner Straßenreinigung weniger Gehalt zusprechen als seinem Motorfahrer. Auch der 18 Jahre im Dienste stehende Stadthausekretär bezieht bei 5756 Mk. Gehalt damit um fast 1500 Mk. weniger als sein angestellter Brückenwärter mit 7200 Mk. Das Leben wird uns in dieser oder jener Form weitere Narrenscherze aufgeben. Wohl dem, der sie vergnügten Herzens an sich vorüberziehen lassen kann. Ein solcher Glückspilz muß der unlängst verstorbene Schriftsteller Ettenburg gewesen sein, da er 33 Jahre seines Lebens statt im Bett auf seinem Sarge geschlafen hat, der ihn bei seinem Tode ins Erdreich tragen mußte. Die Welt nannte ihn „das verrückte Genie". Möglich, daß er aber dem Sensenmann ein Schnippchen schlagen wollte, indem er sich jede Nacht an sein Kommen erinnerte. Ein solches Narrenspiel kann auch aus Lebensklugheit entstanden sein.

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftlicher Aufbau. „Die Genossenschaft der Arbeiter als Produzenten und Konsumenten — das ist die Basis, auf der sich die sozialistische Produktionsweise wird aufbauen müssen." Nach diesem Worte Karl Kautskys verfährt die Konsumgenossenschaftsbewegung seit langem, wobei das Wort „Arbeiter" besser durch „Verbraucher" ersetzt wird. Der so gestaltete Aufbau der neuen Wirtschaft mag ja manchem zu langsam vor sich gehen, doch geht er dafür sicher vor sich. Im übrigen hat ja jeder Verbraucher es in der Hand, das Tempo der Entwickelung zu beschleunigen. — Aus England ist in dieser Angelegenheit zu berichten: Die Langworthy-Sägemühle der englischen Großeinkaufsgesellschaft in Salford soll in erster Linie zur Herstellung von Schachteln und Kisten für die Produktivbetriebe dienen. Das Holz wird auf dem Wasserwege direkt aus Skandinavien unter Ausschaltung des Zwischenhandels an die mit Bahnanschluß versehene Fabrik gebracht. Es arbeiten dort zurzeit bereits 50 Mädchen und 80 Männer. Nach vollendetem Umbau und Aufstellung aller Maschinen werden 500 Personen beschäftigt werden. Später wird auch die heute in Broughton untergebrachte Abteilung für Motorwagengestelle und Stellmacherei dorthin verlegt und eine Abteilung für Entwurf, Bau, Lackierung und Fertigmachung von Last- und Geschäftswagen nebst Ausstellungsraum angegliedert werden. In der Holzbearbeitungsfabrik in Broughton, die u. a. auch Ladeneinrichtungen herstellt, sind 1500 Personen beschäftigt. In Norfolk hat die C. W. S. eigene Waldungen, aus denen sie das Holz für die Bürstenfabriken und die Kisten für die Fischlager an der Nordsee bezieht. Für den erweiterten Bedarf dient der Import.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Wassersport. Der für Arbeiterkreise so überaus gesunde Wassersport hat bis jetzt in Lübeck leider erst geringe Beachtung gefunden, obgleich gerade in Lübeck eine außerordentlich günstige Gelegenheit dazu vorhanden ist. Das Arbeiter-Sport-Kartell nimmt Veranlassung, auf die Gründungsversammlung am Freitag, dem 20. Februar bei Herrn F. Lender, Hundestraße 41, hinzuweisen, und fordert alle Interessenten beiderlei Geschlechts auf, sich in dieser Versammlung zahlreich zu einem Arbeiter-Schwimm-Verein zusammen zu schließen, um der arbeitenden Bevölkerung Lübecks die Wohltaten des regelmäßigen und organisierten Bade- und Schwimmsportes für kommenden Sommer zugänglich zu machen.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Firn" Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, Berlin W. 57. Aus dem Inhalt des soeben erschienenen 10. Heftes vom 15. Februar dieser neuen sozialistischen Zeitschrift heben wir hervor: Wir und Rußland; (Leitartikel). Die Auslieferungsnot von Paul Lensch; Abschied von Utopien von Otto Hiob; Preußentum und Sozialismus von Paul Gutmann. „Der Firn" erscheint vierzehntägig und ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Berlin W. 57 zu beziehen. Abonnementspreis: Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk. Dies vorliegende, sowie Einzelhefte 1 Mark. Probenummer kostenlos.

Quittung.

Für die Wiener Kinder wurden eingezahlt von:

Kartoffelleichter Borstelt	7,50	Mk.
H. Mellahn, Engelsgrube	2,—	„
J. Blumenthal	20,—	„
Arbeiter d. Städt. Elektrizitäts-Werkes	93,—	„
Schuhmacher-Verband	34,50	„
Arbeiter der Friedhofsbehörde	9,—	„
Wede	10,—	„
Märchen-Vorlesungen	48,—	„
J. Feddern, Fahrradhandlung	50,—	„
Ungenannt	30,—	„
Verband d. Gemeine- u. Staatsarbeiter	2282,05	„
Arbeiter des Hochofenwerkes	1117,70	„
	3703,75	Mk.

Höchstpreise für grüne Heringe.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914/17. Januar 1920 werden für den Verkauf von grünen Heringen bis auf weiteres folgende Höchstpreise festgesetzt:

1. Beim Verkauf durch die Fischer oder deren Beauftragte an den Großhandel oder die Industrie Mk. 0,80 für das Pfund.
2. Beim Verkauf durch den Großhandel an den Kleinhandel Mk. 0.90 für das Pfund.
3. Beim Verkauf durch den Kleinhandel an die Verbraucher Mk. 1.10 für das Pfund.

Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 bestraft.

Diese Höchstpreisfestsetzung tritt sofort in Kraft.

Lübeck, den 17. Februar 1920. (13183

Das Landesversorgungsamt.

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Der zweite Vordruck zur Steuererklärung soll den Steuerpflichtigen als Kladde dienen und von ihnen zurückbehalten werden.

Der Termin zur Einreichung der Steuererklärung ist, wie schon bekannt gemacht, auf den 29. Februar d. J. festgesetzt worden.

Personen, denen ein Vordruck zur Steuererklärung zugegangen ist, haben ihn auch dann auszufüllen und zurückzugeben, wenn nach ihrer Ansicht ein Vermögenszuwachs nicht vorliegt.

Lübeck, d. 16. Febr. 1920.

13193) Die Steuerbehörde.

Wieder vorrätig:

Betriebsrätegesetz.

Textausgabe.

Mk. 1.65. 12544

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstr. 46.

Prima-Wechsel

in Block.

Zu beziehen

Friedr. Meyer & Co.,

Ein Posten Hüte

wegen Verlegung des Geschäfts nach der Schwartauer Allee 96 a billig zu verkaufen. 13177

Minna Hartz, Beckergrube 50.